DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

KOMM ZU DEN BESTEN! **Komm zu uns!** Seite 15

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 174, Samstag, 18. Mai 2024 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange

EMA: ÜBER 20.000 TOTGESPRITZTE • ÜBER 600.000 SCHWERE NEBENWIRKUNGEN

DIE COVID INJEKTIONEN FÜHREN ZU TÖDLICHEN BLUTVERKLUMPUNGEN

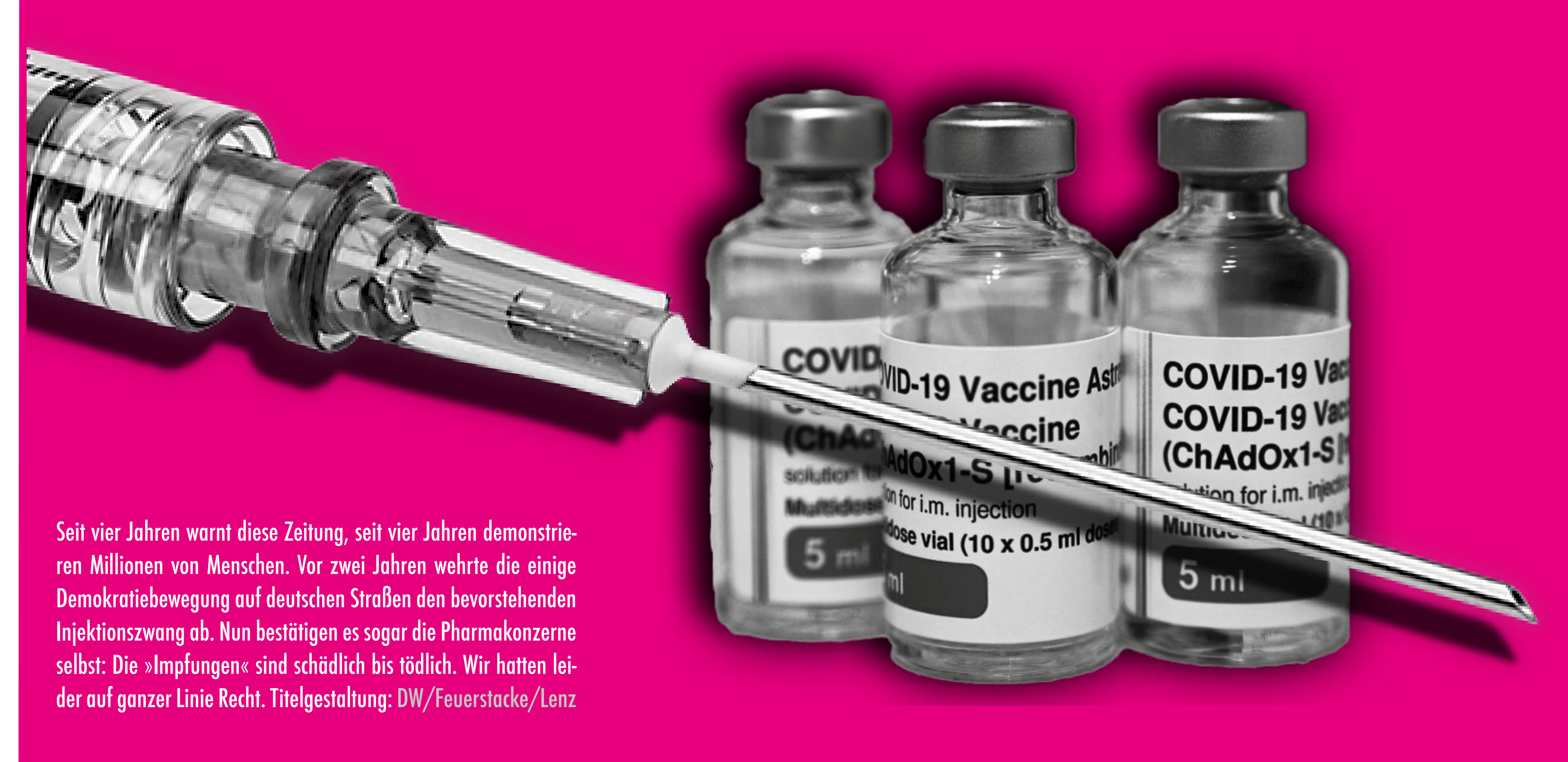
In kürzester Zeit entwickelt, rasend schnell und massenhaft unter das Volk gebracht. Pünktlich zum Weihnachtsfest 2020 präsentierten uns Regierung und Pharmakonzerne ihre Messias-Attrappen: »Impfung«.

Allein der Stoff von AstraZeneca wurde über 60 Millionen Mal in der Europäischen Union verspritzt – und nun als erstes Corona-Präparat still und heimlich vom Markt genommen (Seite 3). Nachdem sich bereits Anfang 2021 die Meldungen von Nebenwirkungen bei sämtlichen »Impfstoffen« mehrten, wurde als »Beweis für die Funktionstüchtigkeit« der Arzneimittelsicherheit die »Verimpfung« von AstraZeneca in Deutschland im März 2021 ausgesetzt. Stattdessen gab es Biontech/Pfizer: Ursula von der Leyen hatte für jeden EU-Bürger zehn »Impfdosen« per SMS gekauft.

Von Regierungs- und Konzernseite versucht man nun, das gänzliche Auslaufen der Zulassung für AstraZeneca als normalen Vorgang darzustellen. Dies sei auf Betreiben des Konzerns erfolgt, heißt es, da sich eine weitere Zulassung finanziell nicht lohne. Zu wenig werde derzeit verspritzt.

Doch: Auf die Spritzenkonzerne rollt eine Klagewelle zu. Sie alle stehen im Zusammenhang mit einer massiven Häufung von Thrombosen, die zu Herz- oder Hirninfarkten führen. Andere gemeldete Nebenwirkungen sind u. a. Nervenschäden und Krebs. Bei der europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden mit Stand vom 13. Mai 2024 ganze 28.930 Todesfälle im Zusammenhang mit den Coronaspritzen gemeldet, 666.833 schwerwiegende Nebenwirkungen, wovon 16.355 Kinder betreffen. Man geht von einer massiven Untererfassung der Fälle aus.

Fast jeder Mensch, wird er darauf angesprochen, kennt jemanden, der im Zusammenhang mit der sogenannten Impfung schwerwiegende Gesundheitsbeeinträchtigungen erlitt oder gar daran verstarb. Das Ausmaß der Auswirkungen dermaßen zu verschleiern, ist eine der düsteren Glanzleistungen der Gegenwart. Doch dank kontinuierlicher Aufklärungsarbeit (siehe Demokalender auf Seite 6) wird sich die Wahrheit durchsetzen. Es wird eng im Führerhauptquartier.



Seit vier Jahren warnt diese Zeitung, seit vier Jahren demonstrieren Millionen von Menschen. Vor zwei Jahren wehrte die einige Demokratiebewegung auf deutschen Straßen den bevorstehenden Injektionszwang ab. Nun bestätigen es sogar die Pharmakonzerne selbst: Die »Impfungen« sind schädlich bis tödlich. Wir hatten leider auf ganzer Linie Recht. Titelgestaltung: DW/Feuerstacke/Lenz

INHALT DW174

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 174. Ausgabe ab Samstag, 18. Mai 2024. | Redaktionsschluss war am 16. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: *demokratischerwiderstand.de*

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Julian Assange, Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Von wegen Ruhestand!

Der Preis der Republik geht an Dr. Hans-Rudolf Milstrey.
LAUDATIO von Klaus Müller

Er hatte sich nicht verlaufen: Als Dr. Hans-Rudolf Milstrey am 2. März 2024 in Viersen-Süchteln (NRW) auf einer »Demo gegen rechts« vor rund 200 Leuten sprach, wusste er ganz genau, auf was für einer Veranstaltung er da plötzlich im Mittelpunkt des Geschehens stand.

Zunächst lobte der Arzt (u. a. Kardiologie, Präventivmedizin), der seit zwölf Jahren im Ruhestand ist, die »ersten 71 Jahre wunderbarerer Demokratie« in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und das Grundgesetz. Die Zuhörer klatschten begeistert Beifall, doch dann der Eklat: Als Milstrey erwähnt, dass eben jene Grundrechte »seit 2020 im Rahmen der Pandemie beschnitten und ausgehebelt« wurden, schlägt die Stimmung schlagartig um: Er wird beschimpft und fortgejagt! Seinen Auftritt bereut der 79-Jährige aber nicht, wie er im DW-Interview (Ausgabe 166) erklärte: »Die Wegnahme des Mikrofons war exemplarisch für die Heuchelei und Doppelmoral vieler Protagonisten auf dieser und ähnlichen Veranstaltungen.«

Der Viersener ist seit 2022 auf der Straße unterwegs, u. a. bei den Montagsspaziergängen. Dass Ungespritzte in der Corona-Zeit »als Minderheit maximal ausgegrenzt« wurden, habe ihn »erschrocken und sehr betrübt«. Die sogenannte Pandemie »war der Ausgangspunkt für einen zunehmend autoritären Staat. Die Politik hat Ärzten Verhaltensweisen vorgeschrieben. Ein Unding!«, wettert der Doc und fordert eine Aufarbeitung. »Straftaten müssen als solche geahndet werden, die Verantwortlichen Konsequenzen zu spüren bekommen.« Eine Versöhnung sei aber »wohl nur mit einer neuen Regierung möglich«. Derweil lässt Milstrey nicht locker: Statt seinen Ruhestand zu genießen, bleibt er aktiv, betreibt etwa in den sozialen Medien weiterhin Aufklärung.

Und er weiß: »Wir Bürger sind der Souverän, die Regierung nur unser Auftragsnehmer«, die jedoch »alles an sich gerissen« habe. Ändern lässt sich dieser Zustand wohl nur, wenn noch mehr mutige Demokraten seines Schlages endlich aufstehen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Ehrenpreis!

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ARNULF KNIERIM. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert, Artur Helios, Jürgen Fliege, Mahnwache Bautzen, Collateral, Helge Spunkt, Milena Preradovic, Jürgen Elsässer, Stefan Homburg, Olli L., Martin Michaelis, Anthony Lee, Claus Weselsky, Martin Müller-Mertens, Ralf Tillenburg, Stella Assange, Colette Bornkamm-Rink, Arne Schmitt, Dr. Almuth Bruder-Bezzel, Dr. Bianca Witzschel, Paul Schreyer, Gordon Pankalla, Robert Farle, Arnulf Knierim, Bernd Quinque.

Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Erinnerung

EINWURF von Werner Köhne

Kürzlich riss mich eine heftige Erinnerung aus dem Alltagstrott. Darin stand ich als damals neunjähriger Bauernjunge auf einem abschüssigen Feld zusammen mit der ganzen Familie.

Es war die Zeit des Heumachens im Juni – schon recht heiß für die Jahreszeit. Ich spürte Schweißperlen an den Schläfen, aus dem Dorf im Tal drang der helle Klang eines Schmiedehammer, der sich verband mit einem Schlager aus einem Kofferradio, gesungen von Conny Frobes und Peter Kraus: I love you Baby. Nichts Außergewöhnliches, aber eine mir unbegreifliche Intensität zwang mir den Gedanken auf, für einen Augenblick stünde die Welt still und der Augenblick erfüllte sich in sich selbst.

Warum sich diese Erinnerung gerade jetzt aus dem Dunst der Neuronenfabrik in meinem Hirn löste, darüber kann ich ebenso spekulieren wie einst Marcel Proust, der sich nach der Einnahme eines Plätzchens – oder war es ein Tee? – schlagartig mit seiner frühen Kindheit konfrontiert sah. Daraus baute er den vielleicht folgenschwersten Romanzyklus der Moderne unter dem Titel »Auf der Suche nach der verlorenen Zeit«.

Soweit wird es bei mir nicht gehen. Aber in einem – so denke ich – kann auch ich es mit Proust aufnehmen. Die Distanz zwischen der memoire involuntaire und seiner Kindheit im neunzehnten Jahrhundert ist von ihm bei weitem nicht so intensiv empfunden worden wie meine Erinnerung an eine Kindheit in den 1950er Jahren. Es lässt sich daraus nahezu keine kontinuierliche Identität mehr bilden. Ich bin nicht der, der ich mal war. Oder auch: Ich, das ist ein anderer. Nur ein zufällig Momenthaftes, zutiefst Sinnliches wie Schweißperlen, der Klang eines Schmiedehammers und ein Schlager aus einem Kofferradio führen mir schockartig – so sieht es der Philosoph Walther Benjamin – vor Augen, dass dieser Werner K auch heute noch derselbe ist.

Es fällt mir dazu der Film»Blade Runner« von Ridley Scott ein, in dem feinsinnig konstruierte Replikanten verzweifelt versuchen, sich eine Erinnerung zu implantieren und dabei auch ihren Konstrukteur als Vater ausfindig zu machen. Er soll ihnen anders, als im Bauplan vorgesehen, ein weiteres Leben ermöglichen und wohl auch zu einem Glied in einer Ahnenkette zu machen. Warum – so fragt man sich – nur diese Sehnsucht nach Erinnerung und Kontinuität? – Weil wir sonst ersticken würden an zu viel Gegenwart. Genau das geschah uns vor ein paar Jahren: Wir erstickten an zu viel blindem »Jetzt« – und sind seither nicht mehr die, die wir waren.

PLEITEN, PANNEN, PEINLICHKEITEN

Für Globalisten und Polit-Marionetten läuft es nicht gut: Der WHO-Pandemievertrag ist vorerst gescheitert. Weitere entschwärzte RKI-Files belegen: Lauterbach wollte 1G. Und der Giftstoff von AstraZeneca ist in der EU nicht mehr zugelassen. Doch das Blatt kann sich jederzeit wenden | Von Klaus Müller

Das hatten sich die von *Big Pharma* unterwanderte Weltgesundheitsorganisation (WHO) und ihr Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus anders vorgestellt: Geplant war, dass die Verhandlungen für das Pandemieabkommen bis zum 10. Mai erfolgreich abgeschlossen sind (DW berichtete), um somit bei der Jahrestagung der WHO (ab 27. Mai) in Genf verabschiedet werden zu können. Doch Pustekuchen: Die 194 Mitgliedsländer fanden keinen gemeinsamen Nenner, der Widerstand war und ist (noch) zu groß.

Hintergrund: Die WHO will mehr Macht, um künftig willkürlich weitere P(l)andemien ausrufen zu können, um dann über die nationalen Parlamente hinweg Maßnahmen wie *Lockdowns* oder Impfpflichten anordnen zu können. Ziel ist also eine Gesundheitsdiktatur. Diese wird durch den fehlenden Konsens allerdings nicht verhindert, sondern lediglich verzögert. Die Gefahr ist nicht gebannt, zumal die Gespräche offenbar weiterhin laufen. Außerdem, das macht der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse, der für seine Verfahren zur Corona-Aufarbeitung und sein Engagement gegen die Machtergreifungsversuche der WHO bekannt ist, in seinem Telegramkanal klar, habe die Uneinigkeit »nichts zu tun mit der Sorge um unsere Grundrechte oder um unsere Gesundheit«. Einmal mehr gehe es nur ums Geld, »um die Spielregeln für das größte *Business* der nächsten Jahrzehnte«, so Kruse. Demnach würden die Staaten des globalen Nordens mit den Staaten des globalen Südens u. a. darüber streiten, »wer wem wieviel bezahlen soll für die Übertragung von Patenten und für das Zur-Verfügung-Stellen von Gensequenzen neuer Erreger«. Kruse weiter: »Diese neue pandemische Weltordnung wird einen ganz neuen Industriezweig mit massiven Kartellen schaffen, welche jeder Kartell- und Rechtskontrolle entzogen sein wird.« Das Ganze natürlich »unter der Leitung einer WHO als oberster (ferngesteuerter) Impulsgeber, als globaler Aufsichtsbehörde für Pandemieprodukte und als Wahrheitsmonopol in allen Pandemiefragen.«

Dass die Differenzen unter den WHO-Mitgliedsländern bis Ende Mai ausgeräumt werden, gilt als unwahrscheinlich. Nicht auszuschließen seien aber Abstimmungen über die Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) sowie eine abgespeckte Fassung des Pandemievertrags. »Also noch lange kein Grund zum Jubel«, warnt Kruse.

Derweil wurden die Protokolle des Corona-Expertenrats weiter entschwärzt. Dabei kam heraus: Pharmalobbyist Karl Lauterbach (SPD) wollte »1G« einführen, schlug dies in der vierten Sitzung des Rats am 28. Dezember 2021 vor. Demnach hätten nur Gespritzte Zugang zu Gastronomie und Einkaufsläden haben sollen. Auch wenn der Vorschlag letztlich nicht umgesetzt wurde, wird immer deutlicher: Das Bundeskanzleramt hat offensichtlich noch viel mehr zu verbergen. Ein Grund für diese Annahme ist auch, dass dem Frankfurter Arzt Christian Haffner ein dubioser »*Deal*« angeboten wurde. Haffner, der vor Gericht maximale Transparenz erstreiten will, wurde eine weitgehend – jedoch nicht komplett – entschwärzte Fassung der Protokolle überreicht und die Offerte unterbreitet, dass man sämtliche Gerichtskosten tragen werde, sofern er sich mit dieser Version zufriedengeben und auf weitere Verhandlungen verzichten würde. Der Allgemeinmediziner lehnte ab: »Ich bin nicht käuflich. Und ich weiche sicher nicht zurück«, erklärte er gegenüber der *Schwäbischen*. Bemerkenswert: Die Anwälte der Bundesregierung argumentierten am Montag vor Gericht gegen eine Entschwärzung der Protokolle u. a. mit dem Verweis auf »Gefahr für Leib und Leben« der einzelnen Ratsmitglieder. Ein Urteil wird im Laufe der kommenden Tage erwartet. Nebenbei: Einmal mehr bezeichnend, dass nicht *Spiegel, Bild, FAZ* oder andere ehemalige Qualitätsmedien klagten, sondern ein einfacher Arzt.



Demokraten wehren sich gegen den Konzerngriff zur Macht.
Foto: Georgi Belickin/DW

Eine weitere Meldung, die in den vergangenen Tagen für Aufsehen sorgte: Der Covid-19-Giftstoff des britisch-schwedischen Pharmakonzerns AstraZeneca ist mit Wirkung vom 7. Mai 2024 in der Europäischen Union nicht mehr zugelassen (DW berichtete). Dafür werden zwar kommerzielle Gründe vorgeschoben, doch längst bekannt ist, dass es sich bei ChAdOx1 ganz und gar nicht um einen »geprüften«, »sicheren«, »wirksamen« und »nebenwirkungsfreien« Stoff handelt, ganz im Gegenteil, wie unzählige Impfschäden beweisen. In einem Interview mit Bianca Prohaska forderte Prof. Dr. Andreas Sönnichsen (siehe auch Interview in DW-Ausgabe 171) nun strafrechtliche Konsequenzen: »Wenn die Ärzte die Bürger nicht aufgeklärt haben über fehlende Wirkung, fehlende Immunität und Nebenwirkungen, dann wurde die Corona-Impfung zur schweren Körperverletzung. Das heißt, wir müssten eigentlich alle Impf-Ärzte hinter Gitter bringen! Und die Politiker sowieso.«

Die kommenden Wochen versprechen reichlich Spannung, denn klar ist: Die Luft für die Corona-Täter wird immer dünner.

MELDUNG

HOMÖOPATHIE SOLL RAUS AUS PRAXEN UND APOTHEKEN

Mainz/DW. Noch mehr Geld für *Big Pharma*? Auf dem 128. Deutschen Ärztetag wurde beschlossen, dass die Homöopathie aus der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) gestrichen wird. Die Entscheidung fiel nach längerer Debatte mit 116 Ja- und 97-Nein-Stimmen knapp aus. Als Begründung zu dem Beschluss wurde angegeben, die Homöopathie-Anwendung sei nicht mit den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin vereinbar und könne keine erstattungsfähige ärztliche Leistung sein. Experten befürchten nun ein »Berufsverbot« für homöopathisch tätige Ärzte. Der Bundesverband Patienten für Homöopathie sprach von einem »unverantwortlichen Beschluss, der sich massiv gegen die Rechte der Patientinnen und Patienten richtet«. Auch der Deutsche Zentralverein homöopathischer Ärzte kritisierte, der Beschluss spalte und sei destruktiv. Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), wollte den Beschluss zunächst nicht kommentieren. (kmü)

LANDTAG VERHINDERT UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Wiesbaden/DW. Ein von der AfD geplanter Untersuchungsausschuss zur Corona-Plandemie in Hessen ist zunächst einmal gescheitert. Nach Ansicht der Regierungskoalition von CDU und SPD sowie der Oppositionsfraktionen von Grünen und FDP bestünden Zweifel, dass der von der AfD gewünschte Antrag verfassungskonform sei. Die AfD sprach von einem »skandalösen Vorgehen«, erhob zudem Vertuschungsvorwürfe und hält sich eine Verfassungsklage beim hessischen Staatsgerichtshof offen. Ihr gesundheitlicher Sprecher, Volker Richter, erklärte, »so würde nur einer handeln, der etwas zu verbergen hat«. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland

2019 2020 2021 2022 2023 2024

Jan. Feb. Mrz. Apr. Mai Jun. Jul. Aug. Sep. Okt. Nov. Dez. insgesamt

939.520 985.572 1.023.687 1.066.341 1.025.593 181.879

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

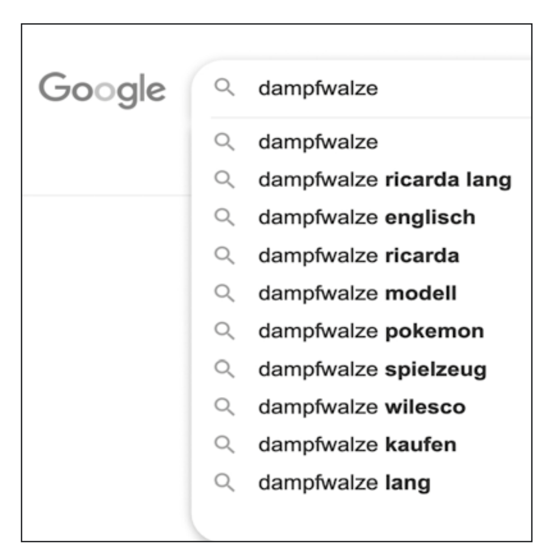
Sie machen, was sie wollen ...

...und agieren immer dreister & irrer – Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, die Bundestagsabgeordneten gönnen sich mal wieder eine Diätenerhöhung, diesmal eine richtig fette, es ist die höchste seit 28 Jahren, getreu dem Motto: Bloß nicht kleckern, sondern klotzen! Warum auch nicht, wenn man sich ganz ungeniert bedienen kann! Ab Juli erhalten die Abgeordneten satte 635,50 Euro mehr und somit insgesamt 11.227,20 Euro (Seite 10). Eine Debatte samt Abstimmung im Deutschen Bundestag wird es dazu nicht geben. Wozu auch? In diesem Punkt sind sich doch ausnahmsweise mal alle einig. Und in Anbetracht der herausragenden Leistungen in der jüngsten Vergangenheit sind diese paar Hundert Euro durchaus angebracht, wie ich finde. Schließlich geht es unserem Land bestens: Unsere Gesellschaft war noch nie so geeint, die Wirtschaft floriert, unser Wohlstand wächst, die Menschen haben bedingungsloses Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat, das Freiheitsgefühl in unserem Land ist kaum noch zu toppen und selten hat man sich sicherer gefühlt. Oder etwa nicht?

Wir leben eben im »besten Deutschland aller Zeiten« mit den besten Politikern aller Zeiten – etwa »Sleepy« Olaf, der sich an nichts erinnern kann, dem Insolvenzminister, Märchenbuchautor, »Bahnhofsalkoholiker«, der nicht rechnen kann, dem »Brechmittel«, auch Kriegstreiberin genannt, der Dampfwalze, dem Sprachwunder, um das uns die ganze Welt beneidet ... Sie müssen sich das mal vorstellen: Auf Twitter bezeichnete ein *User* Annalena Baerbock als »dümmste Außenministerin der Welt«. Können Sie das nachvollziehen? Wie kommt man nur zu so einer üblen Behauptung? Die hochgebildete ehemalige Trampolinspringerin erstattete daraufhin nun Strafantrag. Richtig so, schließlich muss dem Pöbel gezeigt werden, wo der Hammer hängt.

Seltsam nur: Wer in diesem Land wie AfD-Politiker Björn Höcke eine Aussage wie »Alles für Deutschland« tätigt, landet vor Gericht und wird – wie in diesem Fall gerade geschehen – mit einer Geldstrafe in Höhe von 13.000 Euro belegt. Wer lauthals »Deutschland, du mieses Stück Scheiße« und »Deutschland verrecke« skandiert, geht dagegen straffrei aus. Was passiert wohl mit FDP-Politiker Martin Neumaier? Von dem sind derzeit einige recht interessante Videos im Umlauf, in denen er auf sehr unterhaltsame – andere würde sagen, verstörende – Art und Weise verdeutlicht, in welch abge*fuckten,* pardon, verkommenen Zustand sich die FDP befindet. Klar, dieser Zustand ließe sich auch problemlos auf sämtliche andere Altparteien übertragen. Was? Sie haben den Namen noch nie gehört? In einem Video, das auf X kursiert, posiert Neumaier splitterfasernackt vor der Kamera, singt »Deutschland, Deutschland, über alles in der Welt« und holt sich dabei offensichtlich einen runter. Man könnte jetzt sagen: Wow, ein echter Patriot. Andere dagegen würden wohl anmerken: Passt



Nanu, wer nach dem Begriff »Dampfwalze« googelt, bekommt als ersten Suchvorschlag eine beliebte grüne Politikerin angezeigt. Sachen gibt's ... Foto: Screenshot

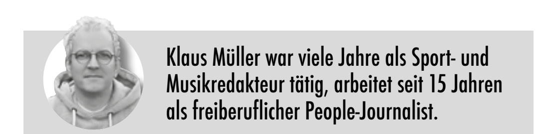


Bitte lächeln: Auf dieser Wiese haben sich alle Politiker der Ampelparteien, bestehend aus SPD, Bündnisgrüne und FDP, und der Schein-Opposition CDU/CSU, die es gut mit Deutschland meinen und zum Wohle der eigenen Bürger handeln, zu einem Gruppenfoto versammelt. Foto: Commons

zu einer Partei, deren Nachwuchs, auch Junge Liberale genannt, 2020 das Inzest-Verbot abschaffen wollte mit der Begründung, es sei ein »Verbrechen ohne Opfer«. Da fällt mir ein: Und die Grünen kämpften doch einst dafür, Sex mit Kindern zu legalisieren. Okay, lassen wir das und bleiben bei Neumaier: Von dem soll es noch andere Videosequenzen geben, in denen er mal einen mit Fäkalien benetzten Dildo in sein Rektum einführt, mal »den Propagandaminister Joseph Goebbels« grüßt, mal sich mit einem »Hitlerbart aus Scheiße« zeigt, mal eine Toilette und eine Klobürste ableckt. Die FDP Aalen-Ellwangen sah sich für die Kommunalwahl 2024 eigentlich »gut aufgestellt«, doch nun ist auf ihrer Internetseite im Zusammenhang mit einem ihrer (namentlich nicht genannten) Kandidaten plötzlich von einem »Parteiordnungsverfahren mit dem Ziel des Parteiausschlusses« zu lesen. Also Belohnung statt Strafe? Hätte Neumaier nicht einfach aus diesem Verein austreten können?

Apropos Freiheit: Altkanzlerin Angela Merkel veröffentlicht im November ihre Memoiren. Na ja, wenn das Klopapier mal wieder knapp werden sollte ... Titel: »Freiheit«. Na, klar, was sonst? KI-Satiriker Willy »Snicklink« Kramer machte spontan einen ähnlich gut passenden Vorschlag für den Titel einer möglichen Biografie von Kanzler Scholz: »Erinnerungen«. Derweil sieht Merkel-Freund Stephan Harbarth, Präsident des Bundesverfassungsgerichts – die beiden trafen sich bekanntlich vor allem in der Coronazeit gerne mal zum gemütlichen Abendessen – laut Relotius-Presse Freiheit und Demokratie in unserem Land in Gefahr. Wenige Tage später – am 10. Mai im Jahre, nein, nicht 2020, sondern 2024 – fragt die *Bild*-Zeitung allen Ernstes: »Kungelt die Regierung mit Richtern?« Ob das eine möglicherweise mit dem anderen zusammenhängen könnte? Oh, nein, das ist sicher nur eine Verschwörungstheorie, schließlich leben wir doch – ich wiederhole mich – im »besten Deutschland aller Zeiten«. Harbarth sagte übrigens bereits Wochen zuvor, dass die Demokratie schon mal in einem besseren Zustand gewesen sei. Schade für ihn, muss wohl vor seiner Amtszeit gewesen sein.

Aber wirklich beruhigend ist, dass sich so wichtige Polit-Figuren unseres Landes wie Karl Lauterbach (SPD), Hendrik Wüst (CDU) und Christian Lindner (FDP) förmlich darum reißen, den uneigennützigen Philanthropen Bill Gates zu treffen. Ob die etwa Schlange standen? Wie kleine *Fanboys postete* einer nach dem anderen in den sozialen Medien Fotos von dem Treffen. Da wurden sicher ein paar Zukunftsprojekte besprochen, die wieder allen Bürgern zugute kommen dürften. Ick freu mir und bin schon jetzt gespannt wie ein Flitzebogen ...



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

Rechter Pazifismus?

Justizskandal gegen den großen Bürgerrechtler und Christen Dr. Daniel Langhans.
BERICHT und KOMMENTAR von Gordon Pankalla

Gemäß der Paragraphen §§ 140 Nummer 2, 138 Absatz 1 Nummer 5 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 13 Völkerstrafgesetzbuch ist jedes Verhalten verboten, das als öffentlich zur Schau getragene Billigung eines Angriffskrieges zu verstehen und geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.

Als mein Mandant Dr. Daniel Langhans auf einer Demo zum Thema Ukraine-Russland-Krieg seine Meinung sagte wollte, wurde er kurzerhand von der Polizei von der Bühne geholt. Anschließend wurde er vom Amtsgericht Hannover zu einer Geldstrafe auf Bewährung verurteilt. Gegen dieses Urteil sind wir in Berufung gegangen, aber diese Berufung wurde bis heute nicht zugelassen. Der Grund: die Berufungsbegründung wurde nicht über das elektronische Anwaltspostfach (beA) eingereicht, sondern per Fax. Aber nicht nur wir, sondern auch die Staatsanwaltschaft ging in Berufung, diese scheint aber ebenfalls unzulässig zu sein, weil angeblich nicht richtig zugestellt wurde. Nachdem nun das Urteil richtig zugestellt wurde, haben wir fristgerecht Revision eingelegt – bis heute haben wir keine Rückmeldung vom Gericht. Ich möchte Sie mit diesen Formvorschriften nicht langweilen, aber jeder sieht was passiert: man will nicht, dass dieses unhaltbare Urteil aus Hannover überprüft wird, daher greift man zu allen Tricks, um eine Überprüfung zu verhindern.

Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrer Berufungsbegründung doch tatsächlich behauptet, dass Dr. Langhans der Ukraine das Existenzrecht abgesprochen habe, da er auf der Demo ein T-Shirt mit Herz getragen hatte, eine Seite die Farben der Ukraine, die andere Seite die Farben von Russland. Eine unsinnigere Auslegung eines Herzens zur Völkerverständigung habe ich noch nie gehört. Aber worum geht es eigentlich im Kern: durch die neue Strafvorschrift § 140 StGB, haben Menschen Angst, ihre Meinung zum Thema Krieg zu sagen, weil sie dann wie Dr. Langhans vor Gericht gezogen werden, ihnen die Wohnung durchsucht wird und sie als rechte Nazis beschimpft werden. Dabei stehen diese mutigen Menschen doch nur dafür, dass sie das Grundgesetz gegenüber den übertrieben Corona-Maßnahmen



Dr. Daniel Langhans ist seit 2020 als einer der kontinuierlichsten Verfechter der Menschenwürde in Deutschland bekannt. Foto: Commons

Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

verteidigen wollten und für die Aufnahme von Friedensverhandlung, damit das Töten in der Ukraine ein Ende findet.

Jede Diskussion zum Thema Krieg und den Hintergründen dieses Krieges wird erstickt, weil Menschen, die für das Ende eines Krieges eintreten wollen, vor Gericht gezogen werden. Pazifisten sind heute »rechts« und »linke Grüne« auf einmal für Waffenlieferungen in Kriegsgebiete – entgegen ihrer Wahlversprechen. Dies alles scheint auch niemanden mehr zu stören, wenn zum Beispiel ein Kriegsminister meint, dass wir alle kriegstüchtig werden müssen. Auch nicht, wenn eine Agnes Strack-Zimmermann, entgegen der von ihrer FDP doch immer hochgehaltenen Meinungsfreiheit ihre Kritiker monatlich mit 250 Strafanzeigen überzieht und dann auch noch Schmerzensgeld einklagt. Dann wird eher überlegt, wie man diese Politiker noch mehr »schützen« kann, indem man besondere Strafvorschriften für Politiker einführen will, damit das »dumme Volk« auch im Internet nicht mehr seine Meinung äußert.

WER VERTEIDIGT HIER WERTE?

Welche westlichen Werte wollte man eigentlich nochmal in der Ukraine verteidigen? Ging es da nicht um Meinungsfreiheit? Ab und an findet man doch noch mal einen Richter, der den Artikel 5 Grundgesetz ernst nimmt, aber einfacher ist es natürlich, wenn man aus Formvorschriften (mein Fax ist zweifelsfrei angekommen), es verhindern kann, nochmals über ein Unrechtsurteil entscheiden zu müssen. So kann ein Richter verhindern, dass, im Falle eines offensichtlich fälligen Freispruchs, er selbst möglicherweise als »Schwurbler« und »Putin-Versteher« *geframt* werden würde. Wie mutlos! Gegen die Polizisten, welche die Rede von Dr. Langshans verhinderten und damit gegen die Demo- und Versammlungsfreiheit verstoßen haben, wurde übrigens gar nicht ermittelt. Sofern die Revision noch zugelassen werden sollte, werde ich weiterhin von dem Fall berichten. *Siehe Bericht von Dr. Daniel Langhans Seite 12 dieser Ausgabe*



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.



DEMOKRATIE DURCH DE-MONETARISIERUNG?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Die »Omas gegen rechts« Berlin fordern von der Berliner Volksbank, das AfD-Spendenkonto zu kündigen. Die AfD sei rechtsextrem und rassistisch. Die Berliner Volksbank habe sich öffentlich gegen Rechtsextremismus positioniert und müsse nun ihren Worten Taten folgen lassen.

Am 7. Mai 2024 fand ich in meinem Uni-Mailpostfach die Aufforderung der »Omas gegen rechts« den Appell vor, mich dieser Forderung anzuschließen. Das werde ich selbstverständlich nicht tun. Und würde es auch dann nicht tun, wenn es nicht um ein AfD-Konto, sondern um ein Konto irgendeiner beliebigen anderen Partei ginge. Es trifft zwar zu, dass der Bundesgerichtshof mit Urteil vom 15. Januar 2013 – XI ZR 22/12 – den Banken das Recht zuerkannt hat, Kontoführungsverträge zu kündigen, wenn ihnen die Weltanschauung des betreffenden Kunden nicht gefällt. Nach geltendem Recht geht diese Entscheidung in Ordnung, weil der Gesetzgeber in Paragraph 19 Absatz 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) bewusst darauf verzichtet hat, dem Anbieter von öffentlich zugänglichen Dienstleistungen die Diskriminierung seiner Kunden aufgrund der Weltanschauung zu verbieten.

Ich sehe hier aber eine Rechtsschutzlücke, die dringend vom Gesetzgeber geschlossen werden muss. Parteien wirken nach Artikel 21 Satz 1 Grundgesetz an der politischen Willensbildung des Volkes mit. Sie können dieser Aufgabe praktisch nur nachkommen, wenn sie in der Lage sind, am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilzunehmen.

BANKEN SIND DEMOKRATISCH NICHT LEGITIMIERT

Räumt man den Banken ein Recht zur politischen Gesinnungsprüfung ein, entscheiden womöglich am Ende sie, welche Partei überhaupt wirtschaftlich existieren und am politischen Wettbewerb teilnehmen darf. Eine solche Filterfunktion von Banken droht auf lange Sicht das Spektrum der politischen Angebote zu verengen. In einer Demokratie darf so etwas nicht passieren. Denn Banken sind ihrerseits nicht demokratisch legitimiert.

Die »Omas gegen rechts« Berlin setzen sich ausweislich ihrer *Homepage* für gleiche Rechte aller Frauen, Männer und Kinder in Deutschland sowie für Respekt und Achtung gegenüber anderen Mitbürgern ein. Wörtlich schreiben sie sodann: »Dabei müssen die bedrohlichen Entwicklungen wie Antisemitismus, Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Faschismus erkannt, benannt und im Konkreten auch der politische Widerstand und die Bewusstseinsbildung organisiert werden.«

Die »Omas gegen rechts« Berlin möchten also Widerstand gegen Faschismus aufbieten. Dann seien sie daran erinnert, dass es in Deutschland schon einmal eine Zeit gegeben hat, in denen die Menschen aufgefordert wurden, mit einer bestimmten Personengruppe keine Geschäfte zu machen. Das Regime, das zu dieser Zeit in Deutschland herrschte, war ein faschistisches.

Für alle, die mir jetzt Verharmlosung des NS-Unrechts vorwerfen: Wie sollen wir denn aus unserer Geschichte lernen, wenn wir nicht nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen damals und heute zu forschen? Die Parallelen zwischen den damaligen und den heutigen Ausgrenzungsmechanismen sind beängstigend. Die These der »Omas gegen rechts« Berlin, die AfD sei rechtsextrem und rassistisch, überzeugt mich als Begründung für ihre Forderung an die Berliner Volksbank nicht. Ich lebe in der Zuversicht, dass die ganz überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land nicht Hass und Spaltung wollen, sondern ein friedvolles Miteinander. Ich lebe ferner in der Zuversicht, dass die ganz überwältigende Mehrheit in diesem Land sich nicht auch nur ansatzweise die Zustände im Dritten Reich zurückwünscht. Ich lebe folglich in der Zuversicht, dass eine Partei, die Hass und Spaltung sät und die Rassenideologie wiederbeleben will, in diesem Land keine Chance hat, im demokratischen Wettbewerb zu bestehen. Eine solche Partei wird in jeder Parlamentswahl völlig zu Recht unter ferner liefen landen. Wenn nun aber die AfD einen so großen Zulauf hat, dass sie mittlerweile bei sämtlichen Parlamentswahlen locker die Fünf-Prozent-Hürde nimmt und in aktuellen Umfragen auf konstant zweistellige Prozentwerte kommt, kann ich mir das nur so erklären, dass zahlreiche Wähler der AfD die Einschätzung, die AfD sei rassistisch und rechtsextrem, nicht teilen.

DAS FAKTENBASIERTE, SCHLÜSSIGE ARGUMENT?

Im demokratischen Wettbewerb wäre es angesichts dessen die Aufgabe der »Omas gegen rechts«, die Menschen mit Fakten und Argumenten davon zu überzeugen, warum sie in der AfD aber eben doch eine rechtsextreme und rassistische Partei sehen sollten. Der Weg, andere Menschen mithilfe von Argumenten zu überzeugen, ist steinig. Im Bereich der Bekämpfung von Rechtsextremismus ist der Weg des faktenbasierten Diskurses noch steiniger geworden, weil die Nazi-Keule gegen nahezu jeden Regierungskritiker geschwungen wird und es immer schwerer fällt, die *Framing*-Opfer und die wirklichen Rechtsextremen auseinanderzuhalten. Aber wie dem auch sei: Das faktenbasierte, schlüssige Argument ist im demokratischen Wettbewerb der einzige statthafte Aktionsparameter. Wer unliebsame politische Akteure stattdessen durch Präventivzensur im Zahlungsverkehr ausschalten will, setzt sich über diese demokratischen Spielregeln hinweg.



Hannover am Mittwoch, 15. Mai 2024. Die neue deutsche Friedens- und Demokratiebewegung demonstriert fast täglich und in allen Regionen seit 28. März 2020 (Seite 6). Foto: Bürgerbewegung ES REICHT!

MELDUNG

FAZ-SKANDAL VOR HÖCKE-URTEIL

Halle/DW. Das Landgericht Hallte verurteilte den AfD-Politiker Björn Höcke am Dienstag zu einer Geldstrafe in Höhe von 13.000 Euro, weil dieser den verbotenen Nazi-Slogan »Alles für Deutschland« verwendet hatte. »Wenn dieses Urteil bestand hat, ist die Meinungsfreiheit in Deutschland tot«, erklärte Höcke hinterher auf X. Die FAZ hatte bereits zehn Stunden vor (!) dem Schuldspruch über das Urteil berichtet. Höcke süffisant auf X: »Die FAZ weiß mehr als das Gericht – so funktioniert etablierter Journalismus im Jahr 2024.« Der Verdacht liegt nahe: Wurde die FAZ bereits vor dem Urteil vom Gericht informiert? (kmü)

VERURTEILT WEGEN NENNUNG VON FAKTEN

Rotenburg/Verden/DW. Marie-Thérèse Kaiser, AfD-Kreisvorsitzende in Rotenburg (Niedersachsen), wurde Anfang Mai wegen angeblicher Volksverhetzung zu einer Gelstrafe in Höhe von 6.000 Euro verurteilt, weil sie auf Twitter (jetzt X) einen Beitrag über Sexualverbrechen von Afghanen geteilt und diesen mit einer offiziellen Statistik, die belegt, dass diese überproportional an Gruppenvergewaltigungen beteiligt seien, ergänzt hatte. Ein erstinstanzliches Urteil des Amtsgerichts Rotenburg aus Juni 2023 wurde nun vom Landgericht Verden bestätigt. Das Urteil sorgte auch international für Wirbel. So schrieb Tech-Milliardär Elon Musk dazu auf X als Antwort auf einen amerikanischen User, der das Thema aufgegriffen hatte: »Wollen Sie damit sagen, dass die Geldstrafe für die Wiederholung genauer Regierungsstatistiken verhängt wurde? War irgendwas von dem, was sie sagte, ungenau?«

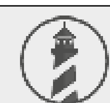
+++ IN ALLER KÜRZE BERICHTET +++

+++ Der frühere linke Bundestagsabgeordnete Diether Dehm hat Strafanzeige gegen den Bundestagsabgeordneten Roderich Kiesewetter (CDU), der nach eigenen Worten »den Krieg nach Russland tragen« will, wegen Volksverhetzung und Vorbereitung eines Angriffskrieges erstattet.

+++ Das Lügenportal Correctiv blamiert sich weiter: Das Landgericht Hamburg machte nun erneut klar, dass es die Kernaussagen des von Konzernmedien vielfach zitierten Correctiv-Berichts zur Remigration nicht bestätigt.

+++ Einer Demokratie unwürdig: Mehr als 40 Mal haben sich Mitglieder der Ampel-Regierung seit ihrem Amtsantritt mit Richtern des Bundesverfassungsgerichts und weiteren obersten Gerichten getroffen. Dies geht aus einer Antwort der Regierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion hervor

+++Eine Anfrage des BSW ergab: Die Ampel-Koalition hat den Regierungsflieger seit ihrem Amtsantritt 1.301 Mal leer fliegen lassen. +++ (kmü)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14.00 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
DRESDEN: Montag 19.00 • MDR Regional • Kulturpalast
FRANKFURT: Donnerstag ab 15.00 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17.00 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17.00 • NDR Funkhaus • Rudolf-von-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Straße 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19.00 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00üMDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18.00 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16.00 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15.00 • NDR Landesstudio • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
VANCOUVER - CA: Saturday 6pm • Vancouver Sun • Townhall Meeting.
WIESBADEN: Samstag 19.30 • Wiesb.Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11.00 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
ZELTWEG – A: Montag 18.00 • Steirer Kronenzeit. • Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

AHRENSBÖK,18 Uhr, am Rathaus – APOLDA, 18.30 Uhr, am Marktplatz – ARTERN, 18 Uhr, am Geschwister Scholl Platz – BAD LOBENSTEIN, 19 Uhr am Marktplatz – BERLIN-KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowallee Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BREMERHAVEN, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz –DIEPHOLZ, 17 Uhr, am Bremer Eck – DÜNWALD, 19 Uhr, vor der Gemeindeverwaltung – EMLICHHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – KALTENNORDHEIM, 18 Uhr, am Treibplatz am Parkplatz nähe Kirche – KÖNIGS WUSTERHAUSEN, 18 Uhr, am Kirchplatz – LAUENBERG, 18 Uhr, am Rathaus – LÜTJENBURG, 18 Uhr, am alten Rathaus – MAASHOLM, 18 Uhr, am Denkmal vor der Schifferkirche – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – OSTSTEINBECK, 18 Uhr, an der Bücherhalle – SCHLOSSVIPPACH, 19 Uhr, am Rathaus – WEISSENFELS, 18 Uhr, Jüdenstraße/Ecke Markt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Sa, 18.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 18.5.2024 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 18.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 18.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 18.5.2024 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 18.5.2024 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 18.5.2024 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 18.5.2024 11-13 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Sa, 18.5.2024 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 19.5.2024 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 20.5.2024 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz 7.20	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Berlin, Wilmersdorferstr./Stuttgarter Platz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 20.5.2024 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 20.5.2024 19-20 Uhr	Cham in Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 20.5.2024 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Erkner, Friedrichstr./Ecke Kirchweg	Umzug
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:45-21 Uhr	Feucht, Altdorfer Str., am Schneckenbrunnen	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Höxter, Weserstr. 11	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-19:30 Uhr	Jena, am Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Melsungen, Am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19:30 Uhr	München, Stachus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Neubrandenburg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 20.5.2024 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 20.5.2024 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 20.5.2024 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 20.5.2024 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 20.5.2024 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 21.5.2024 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.5.2024 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 21.5.2024 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 21.5.2024 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 21.5.2024 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 22.5.2024 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 22.5.2024 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 22.5.2024 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 22.5.2024 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 22.5.2024 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 22.5.2024 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 22.5.2024 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 22.5.2024 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 22.5.2024 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 22.5.2024 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 23.5.2024 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 23.5.2024 18-20 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 23.5.2024 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 23.5.2024 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 23.5.2024 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 23.5.2024 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 23.5.2024 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 23.5.2024 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 23.5.2024 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 23.5.2024 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 24.5.2024 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 25.5.2024 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 25.5.2024 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 25.5.2024 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 25.5.2024 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 25.5.2024 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 25.5.2024 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 25.5.2024 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 25.5.2024 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Mo, 3.6.2024 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mi, 5.6.2024 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Sa, 3.8.2024	Berlin, Siegessäule	GROßDEMO

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN

QUERDENKER GERICHTSHOF

LASST SIE ENDLICH FREI!

Die Initiative Querdenken-711.de um den großen Bürgerrechtler Michael Ballweg veröffentlichte zuletzt: »Das RKI wusste immer, dass Corona keine besondere Gefahr bedeutet: Bis Februar 2020 sagten sie das auch ganz offen. Nach der Order ›hochzuskalieren‹ im März 2020 propagierten sie Lockdowns, Ausgangssperren und Impfzwang. Intern schrieben sie dasselbe wie wir. Ohne die Fakes des RKI wäre keine Maßnahme rechtlich haltbar gewesen. Die über 2.500 Seiten der geheimen #RKIFiles sind vielsagend:

- modRNA schützt nicht vor Tod (im Gegenteil; red.)
- Hauptrisiko von Covid ist das Alter (83 Jahre Median)
- Corona nicht schlimmer als Influenza (bzw. ist Influenza; red.)

Lother Wieler kämpfte jahrelang um die Geheimhaltung der RKI-Protokolle, weil diese den Betrug dokumentieren: Millionen Menschen wurden schwer geschädigt, verletzt oder gar getötet, weil die Politik eine ›Pandemie‹ anordnete.«

Ballweg sind neun Monate seines Lebens genommen worden. Er war 2022/23 vom Regime widerrechtlich in Folterhaft gehalten worden – in Stammheim. Ab 2. August tagt der Querdenkergerichtshof, am 3. August 2024 kehrt die legendäre Querdenken-Demonstration nach Berlin zurück. Ballweg weist auch auf die weiteren politischen Gefangenen des Terror- und Spritzenmörderregimes hin. Die Bürgerrechtler in Folterhaft des Regimes freuen sich über Post und Nachfragen und benötigen teils Unterstützung.

• Justizvollzugsanstalt Chemnitz, Dr. med. Bianca Witzschel, Thalheimer Straße 29, 09125 Chemnitz, fingierter Vorwurf des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten

• Justizvollzugsanstalt Landshut, Maximilian Eder, Berggrub 55 84036 Landshut, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Sehnde, Michael Fritsch, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Koblenz, Dr. Dorothea Thul, Simmerener Str. 14a, 65075 Koblenz, fingierter Vorwurf des Regimes: Volksverhetzung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Rüdiger von Pescatore, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.-Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Stammheim, Andreas Meyer, Asperger Str. 60, 70439 Stgt.- Stammheim, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justivollzugsanstalt Schw.-Gmünd, Johanna Findeisesn-Juskoswiak, Herlikoferstr. 19, 73527 Schwäbisch Gmünd, fingierter Vorwurf des Regimes: Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung

• Justizvollzugsanstalt Mannheim, Dr. Jürgen Peters, Herzogenriethstr. 111, 68169 Mannheim, fingierte Vorwürfe des Regimes: Ausstellen von Maskenattesten, Verschreibung von Canabis an Patienten.

Der Querdenkergerichtshof tagt ab 2. August 2024. Bis dahin müssen alle politischen Gefangenen freigelassen sein. (ale)



Rechtsanwalt Reiner Füllmich klärte mit der ab Mitte 2020 auf YouTube sendenden Stiftung Corona-Ausschuss sehr erfolgreich auf. Unter dem Vorwand einer mutmaßlichen Spendenaffäre wird er nun seit sechs Monaten vom BRD-Terrorregime in Folterhaft gehalten. Foto: DieBasis

»VERNETZUNG BIRGT CHANCE AUF KRAFTENTFALTUNG«

Querdenkergerichtshof? DW befragt den Filmemacher und Aufklärungsjournalisten von Rationalgalerie.de sowie »Die Macht um Acht« (KenFM/Apolut.de), Uli Gellermann

Er ist seit Jahrzehnten einer der bekanntesten und beliebtesten Ideologiekritiker im Internet. Marjorie-Wiki sagt über ihn: »Uli Gellermann ist der Sohn eines amerikanischen Soldaten und wächst im Düsseldorfer Arbeiterviertel Rath auf. Seinen Wehrdienst leistet er 1967/68 beim Raketenartilleriebataillon 12 in Nienburg an der Weser ab. 1968 gehört er zu den Mitgründern des Düsseldorfer ›Republikanischen Centrum‹, einem sozialistischen Debattierclub. Temporär engagiert er sich bei den ›Conrads‹ und deren Straßentheater. In dieser Zeit wird er Kommunist. Gellermann arbeitet ab 1990 als Creative Director in einer Werbeagentur. 1995 wechselt Gellermann als Öffentlichkeitsarbeiter zum Berliner Senat. Eines seiner Projekte ist 1995 bis 2001 die rote ›Info Box‹ am Potsdamer Platz. 2020 ist er ein Mitgründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung. Gellermann lebt in Berlin und Spanien.

DW: Sehr geehrter Uli, lieber Herr Gellermann, Sie haben auf Ihrem Blog Rationalgalerie die Notwendigkeit eines »Corona-Tribunals« mehrfach erwähnt. Was meinen Sie damit?
Gellermann: Ein Corona-Tribunal sollte die Verbrechen des Corona-Regimes definieren, die Verbrecher mit Namen nennen und sie öffentlich aburteilen.

DW: Auf die Äußerung Jens Spahns› hin, eine »Aufarbeitung darf kein Querdenkergerichtshof« werden, haben wir natürlich gleich den Querdenkergerichtshof angekündigt. Der wird nun ab 2. August 2024 stattfinden. Können Sie sich eine Zusammenarbeit der beiden Volksgerichtshöfe vorstellen?
Gellermann: Das von mir vorgeschlagene Tribunal existiert bisher nur als Idee, von der ich hoffe, dass sie von anderen aufgenommen und mitgetragen wird. Dass der DW bereits einen Querdenkergerichtshof vorbereitet, finde ich großartig. Ich würde gern mehr davon wissen und Euren Beginn journalistisch verarbeiten. In der Vernetzung der verschiedenen Initiativen liegt die Chance jener Kraftentfaltung, die zur historischen Aufarbeitung und zur Stärkung des Widerstands gegen jene Staatsgewalt führt, die gestern ein scheinbar gesundes Zwangsregime einführen wollte und heute einen großen Krieg befeuert.

DW: Rückschau: Das inernationale »Kapitalismustribunal« wurde zwei Jahre lang täglich vorbereitet. Die finale Gerichtswoche wurde dann aus Wien in vier Sprachen mit Simultanübersetzung ins Netz übertragen, von einer Buchpublikation im Passagen Verlag begleitet und war auch ansonsten eine aufwendige Produktion, die insgesamt fast 400.000 Euro und vor allem viel Arbeit und Hirnschmalz gekostet hat. Die Kosten in Geld wurden auch dadurch so vergleichsweise gering gehalten, weil wir, die Macherinnen und Macher, keinen Penny daran verdienten. Wie sehen Sie den Kostenpunkt für einen umfangreichen, am besten umfassenden, »Querdenkergerichtshof – das Corona-Tribunal« heute?
Gellermann: Ganz sicher werden für das oder die vernetzten Tribunale Gelder eingesammelt werden müssen. Denn die Vorbereiter werden viel und hart arbeiten müssen: Sie müssen Zeit haben, um sich auf diese Arbeit zu konzentrieren. Das muß honoriert werden.

DW: Was muss der Covid-Courtyard Ihres Erachtens alles bieten und »können« – bestenfalls?
Gellermann: Er braucht vor allem eine umfassende und starke Öffentlichkeitsarbeit: Die Verbrechensbestrafung und die Verbrechensprophylaxe hat als Gewaltmittel wesentlich die öffentliche Meinung. Nur die organisierte Kraft der Vielen kann die Verbrechen der wenigen Herrschenden stoppen.

DW: Die neue Friedens- und Demokratiebewegung ist eine – wenn nicht die – größte und langanhaltendste parteiunabhängige Bewegung in den dokumentierten Jahrhunderten deutscher Geschichte. Im Internet dagegen hat man manchmal den Eindruck, es gehe um einzelne Personen, einzelne Autoren, Telegram-Stars, YouTuber und Parteien. Haben Sie eine Erklärung für diese Diskrepanz zwischen dem »Bewusstsein der Straße« und »dem Netz«?
Gellermann: Die Friedens- und Demokratiebewegung existiert sowohl auf der Straße als auch im Netz. Nicht selten werden die Aktionen der Straße im Netz vorbereitet. Letztlich entscheidet die körperliche Präsenz über den Erfolg der Aktion.

DW: Gehen Sie wählen?
Gellermann: Wir leben in einer Fassadendemokratie. Der Parlamentarismus spielt seinen Insassen Demokratie nur vor: Die Menschen gehen seit Jahr und Tag wählen und erzielen immer dasselbe Ergebnis: Die immer gleichen Parteien kommen zu immer gleichen Ergebnissen. Der Parlamentarismus hat einen hohen Korruptionsfaktor, sowohl weil er seinen Darstellern ein gutes Auskommen sichert, vor allem aber, weil er die Illusion verbreitet, die Darsteller führten Regie. Diese Illusion führt zum permanenten Kompromiss: Neue Figuren, neue Parteien, neue Wahlen versprechen neue Verhältnisse, obwohl sie in Wirklichkeit nur die alten reproduzieren. Zwar kann man die Parlamente als Verstärker der Lautstärke nutzen, aber eine wirkliche Macht sind sie nicht. Falls es eine Partei gibt, die der Entlarvung dieser Inszenierung dient und eine echte Verbindung zur Straße hat, könnte ich wählen gehen.

DW: Herr Gellermann, wir danken Ihnen für diese Antworten.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.



Unaufhaltsam: Am 13. Mai 2024 demonstrierenn hunderte Demokraten in Nürnberg für eine Aufarbeitung der Corona-Kriegsverbrechen und für eine diplomatische Neuverständigung auf Basis der Grundgesetzes. Foto: Telegram/Team Menschenrechte

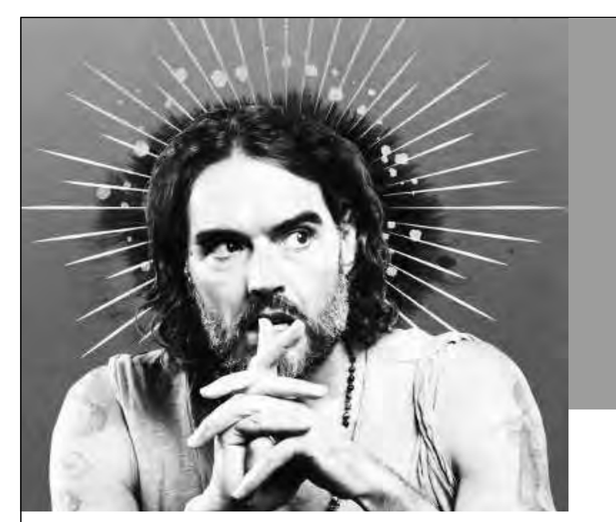

In Dresden vereint sich am 13. Mai 2024 der wöchentliche Montagsspaziergang mit dem Jubliäum der örtlichen Friedenmahnwache. Foto: Telegram



Im bayerischen Fürstenfeldbruck machen Demokraten am 13. Mai 2024 klar: Die Demokratie hat ganz Deutschland erfasst. Wir sind überall. Foto: Telegram/DW


Lübeck am 13. Mai 2024: Den Norddeutschen kann man viel vorwerfen. Labskaus zum Beispiel. Wer das mag, hat sich vom allgemeinen Grundkonsens entfernt und muss sich offenkundig in extremistischen Blasen radikalisiert haben. DOCH: Der Demokratie- und Friedensbewegung geht es nicht um kulturellen Schnick-Schnack, verstößt dieser auch noch so sehr gegen den guten Geschmack. Es geht um Frieden, Aufklärung und eine demokratische Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes. Die Lübecker Demokraten machen klar: Der große Widerstand kann kommen. Das zählt. Foto: Telegram


»Taa-taah-ta-ta-ta-taaah!« Mit dieser eingesungenen Persiflage der Eröffnungsfanfare des ARD-Propagandaformates »Tagesschau« und seiner zugehörigen kritischen Sendung »Die Macht um Acht« wurde Gellermann über seine Leserkreise in ganz Deutschland hinaus berühmt. Foto: Weltnetz.tv (ca. 2010)



ZITAT DER WOCHE

Foto: X

»AstraZeneca zieht sich nach dem Eingeständnis von Blutgerinnseln zurück, Pfizer stellt Krebsfälle außergerichtlich ein und ehemalige CNN-Moderatoren nehmen Ivermectin. Wo ist jetzt ihre Verschwörungstheorie?«

Russell Brand, britischer Komiker, Sänger, Schauspieler, am 9 Mai 2024 auf X (ehemals Twitter)



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

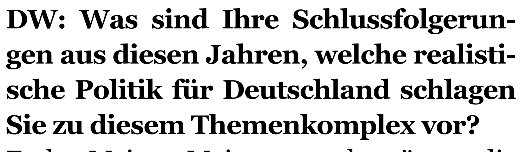
• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

»Das wäre das Ende der Demokratie«

Der Preisträger der Republik, Anwalt und Bundestagsabgeordnete Robert Farle warnte frühzeitig und lange als einziger deutlich vor den schädlichen Injektionen in deutschen Parlamenten. DW trifft Robert Farle im Deutschen Bundestag zum Gespräch. | TEIL DREI und ENDE

DW: Allein laut EMA sind seit 2021 über 20.000 Menschen durch die Injektionen zu Tode gekommen, über 600.000 schwere Nebenwirkungen verzeichnet. Wie hoch schätzen Sie die Dunkelziffer?

Farle: Das letzte Mal als ich mich mit den Nebenwirkungen und Todeszahlen intensiv beschäftigt habe, war im Frühjahr 2022. Damals habe ich ein Dossier zum Thema Übersterblichkeit ausgearbeitet, das ich im Vorfeld der Abstimmung über das Impfpflichtgesetz allen Bundestagsabgeordneten habe zukommen lassen. Die absoluten Todesfallzahlen schienen damals die einzige Datengrundlage ohne besondere politische Manipulation zu sein. Ich forderte deshalb die Bundestagsabgeordneten auf, das Thema Übersterblichkeit prüfen zu lassen und aus Sicherheitsgründen die Impfkampagne einzustellen. Die Übersterblichkeit wurde bis heute nicht von der Bundesregierung untersucht. Wie hoch die Dunkelziffer bei den Todesfällen und schweren Nebenwirkungen ist, kann ich deshalb auch heute nicht mit Bestimmtheit sagen. Es sind Vielfache, vielleicht eine Zehnerpotenz. Dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Corona-Impfung und der Übersterblichkeit gibt, sehe ich seit Längerem als erwiesen an.



DW: Was sind Ihre Schlussfolgerungen aus diesen Jahren, welche realistische Politik für Deutschland schlagen Sie zu diesem Themenkomplex vor?

Farle: Meiner Meinung nach müssen die Rechtsbrüche, Korruptionsaffären und die Wirkung der verschiedenen Maßnahmen aufgearbeitet und im Anschluss daran die beteiligten Entscheidungsträger zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem bin ich für den Austritt aus der WHO. Diese undemokratische Lobby-Organisation von Big-Pharma braucht niemand.

DW: Was hat es mit dem WHO-Pandemievertrag auf sich?

Farle: Hauptsächlich geht es darum, nationale Souveränitätsrechte auf supranationale Organisationen zu übertragen und die nationalen Parlamente zu entmachten. Dass die damalige Bundesregierung vorhatte, die Entscheidung über den gesundheitlichen Ausnahmezustand auf die WHO zu verlagern, war mir bereits 2020 bekannt, weil dieser Passus im ersten Referentenentwurf zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes enthalten war. Vermutlich wurde dieser Passus im endgültigen Gesetzesentwurf aus verfassungsrechtlichen Gründen wieder kassiert. Diese Lücke soll jetzt offenbar mit dem WHO-Pandemievertrag geschlossen werden. Wie bei der Impfpflichtdebatte werde ich mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass dieser Vertrag nicht zustande kommt.



Der Abgeordnete und Aufklärer Robert Farle im Innenhof des Bundestagsgebäudes an der Berliner Wilhelmstraße im April 2024. Foto: DW/Lenz

DW: Sie sind auf mehreren Feldern sehr erfolgreich, haben einen ausgesprochen interessanten politischen und beruflichen Werdegang. Sie sind zum Beispiel von der DKP zur AfD gewechselt und für letzte in den Bundestag eingezogen. Was macht ein Kommunist in der AfD?

Farle: Naja, von einem Wechsel kann man nicht wirklich sprechen. Immerhin liegen zwischen DKP-Austritt und dem AfD-Eintritt 25 Jahre. Das AfD-Parteiprogramm, das ich nach wie vor vertrete, steht für die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Erhard. Von dem her muss sich ein Kommunist, wenn er zur AfD kommt, an der Tür geirrt haben. Ich habe in dem Vierteljahrhundert, bevor ich die AfD eingetreten bin, viele alte Überzeugungen überdacht und bin zu neuen Ergebnissen und Ansichten gekommen.

DW: Besteht bei der AfD, trotz Ihres Weggangs noch Hoffnung, dass diese Partei uns in Frieden, Freiheit und Souveränität führt – oder zumindest graduell aus dem Fiasko der Altparteien bringt?

Farle: Wenn sich die AfD-Führung an ihr eigenes Parteiprogramm hält, dann ja. Wenn sie sich einkaufen lässt wie die Altparteien, dann nein!

DW: Seit der Corona-Nahezu-Gleichschaltung wird fast jede abweichende Meinung vom Mainstream als »Nazi« und »antisemitisch« gebrandmarkt. Was lehrt uns das aus Ihrer Sicht?

Farle: Erstens, dass diese Begriffe nur noch von den Inhalten befreite und beliebige Schimpfworte sind, mit denen Andersdenkende niedergemacht werden sollen. Und zweitens: Dass man im Kampf für die Herstellung einer echten Demokratie nicht nachlassen darf. Das Ende der Meinungsfreiheit ist gleichzusetzen mit dem Ende der Demokratie. Die Diffamierungen von Andersdenkenden sind die Vorläufer von späteren Zensurgesetzen auf dem Weg zum Totalitarismus.

DW: Sie bleiben weiterhin aktiv, wollen in Ihrem Wahlkreis als parteiunabhängiger Kandidat antreten. Warum?

Farle: Ich wollte schon immer für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aktiv werden und das, solange ich kann, und die Bürger dies wollen.

DW: Wie stehen Sie zur Friedensbewegung, zur neuen Demokratiebewegung und etwa zu Querdenkern und der angeblichen Schwurblerszene?

Farle: Ich stehe zur Friedensbewegung sehr positiv, wie auch zu den Selbst- und Querdenkern. Auch die Freien Sachsen finde ich sehr sympathisch.

DW: Herr Farle, wir danken Ihnen für dieses Gespräch!

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

DIE AMPEL HAT KEINE ANGST UM DIE DEMOKRATIE, ...

sie hat Angst vor der Demokratie! – Ich bin seit kurzem Abonnent des *Demokratischen Widerstand*. Ich lese am Wochenende interessiert, manchmal ungläubig und gelegentlich mit einem weinenden Auge – ob der von Ihnen recherchierten und dargestellten, gelegentlich haarsträubenden Tatsachen – ihre Beträge. In so manchen nächtlichen Stunden lassen mich die aktuellen Ereignisse; insbesondere die Stümperhaftigkeit mit der unser Land regiert wurde und wird, nicht schlafen. Genau dann fallen mir Verse und Reime ein, die meines Erachtens lustig und bitterböse zugleich die Lage widerspiegeln. Damit nicht nur ich einseitig *Ihre* Beiträge lese und verdaue, sende ich auch mal *meine* – gereimte – Sicht der politischen Katastrophen zu:

Wie fing's 33 an?
Genauso wie es heut' begann.
Medien wurden kontrolliert,
andere Meinung ignoriert.
Sprache wurde schnell geändert,
heute, da wird gern gegendert.

Parteien verboten, unterdrückt,
kriminell und weltentrückt.
Andre Meinung – unterschlagen,
sie zu äußern – konnt' keiner wagen.

Bürger wurden diffamiert,
bedroht, verfolgt und attackiert.
Meldestellen eingerichtet,
Menschen wurden vorgerichtet.

Bücher wurden umgeschrieben,
nichts hielt man mehr vom Völkerfrieden.
Geht es weiter so im Land –
werden Bücher bald verbrannt?

Das Volk wurd' tief gespalten,
zu »verraten« angehalten.
Es ähnelt sich auf eine Weise,
man denkt, wir drehen uns im Kreise.
Vor 90 Jahren und auch heute,
wurd' das Volk zur leichten Beute.

– Falko S., Rustow

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
instagram.com/demokratischerwiderstand
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Klärt jetzt China auf ?

Die Sprengung der zivilen Versorgungsleitungen für Fernwärme in der Ostsee und die verschleppte Aufklärung stellen die verlorene Position der BRD-Regierung bloß.

Es ist ein historischer Skandal mit extrem negativen Folgen für das deutsche Volk auf allen Ebenen, ebenso für Frankreich und weitere Teile Mittel- und Westeuropas. Die Zerstörung der Nordstream-Leitungen beschäftigt auch das Ausland stark – als möglicher Kriegsakt.

»Geng Shuang, Chinas stellvertretender ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen hat eine von den Vereinten Nationen geleitete internationale Untersuchung der Explosionen der Nordstream-Pipelines im September 2022 gefordert«, so die deutschsprachigen Nachrichtenseiten german.china.org.cn am 28. April. DW berichtete über die wahren Hintergründe der Sprengung der russisch-französisch-deutschen zivilen Fernwärmeleitungen in der Ostsee am 26. September 2022 durch das US-Imperium weltführend zuerst (DW106 vom 1. Oktober 2022).

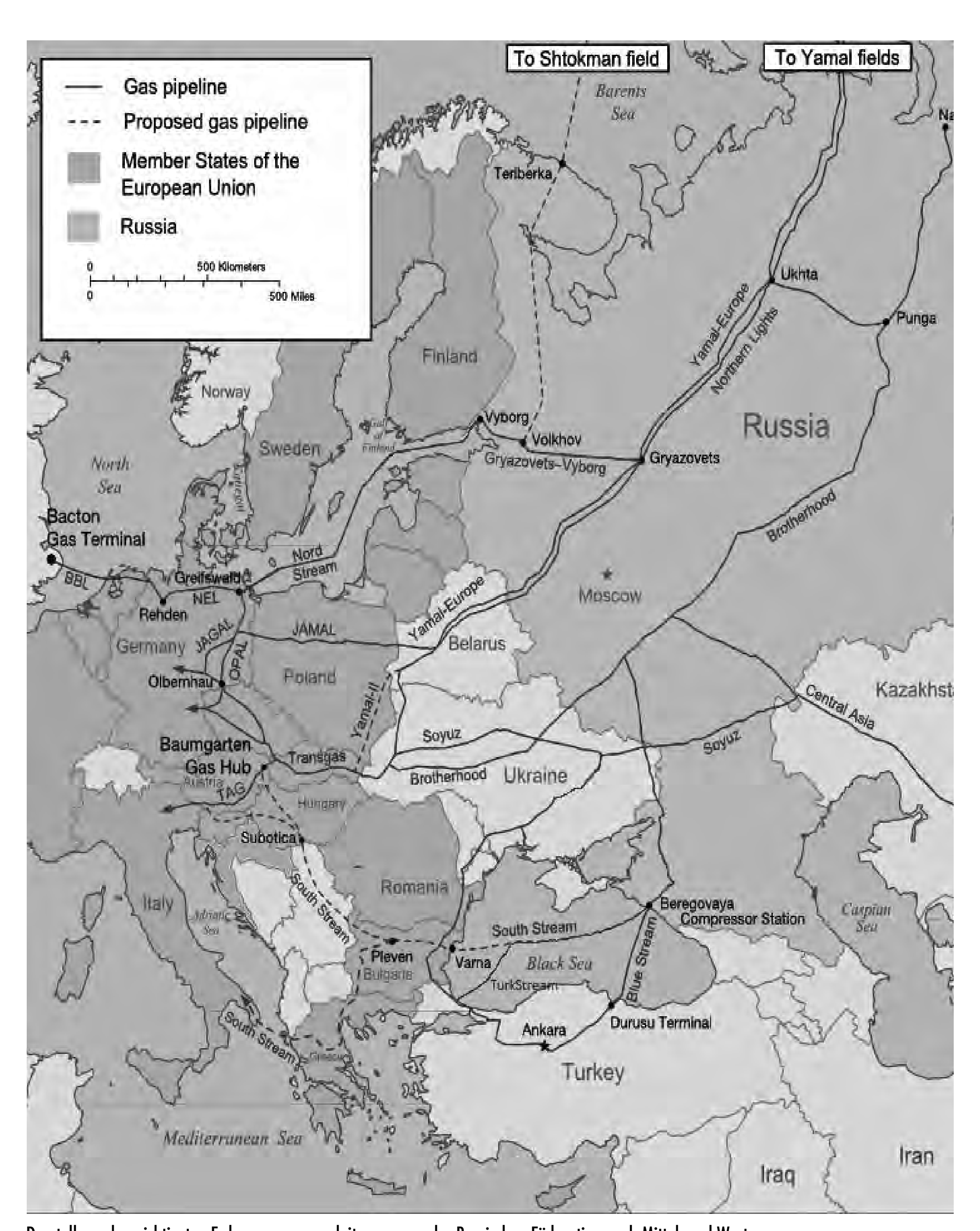
Das chinesische Nachrichtenportal führt weiter aus: »Geng sagte vor dem UN-Sicherheitsrat, der Nordstream-Zwischenfall liege nun schon mehr als 18 Monate zurück. Es sei einfach bedauerlich, dass noch keine Schlussfolgerung gezogen worden sei. China habe zur Kenntnis genommen, dass Schweden und Dänemark, zwei Hauptparteien zu dem Vorfall, im Februar 2024 den Abschluss ihrer länderspezifischen Untersuchungen angekündigt hätten. Die Untersuchungen der beiden Länder enthielten weder wesentliche Informationen noch konkrete Fortschritte und klare Schlussfolgerungen, was zu noch mehr Spekulationen und Bedenken in der internationalen Gemeinschaft geführt habe.

Das russisch-französisch-deutsche Kooperationsprojekt Nordstream hatte die Deutschen, viele Französen und weitere Teile Mittel- und Westeuropas mit erschwinglicher Fernwärme versorgt – und war kurzfristig durch vier- bis teils zwanzigfach überteuerte US-Lieferungen ersetzt worden.

SCHOLZ WILL ZURÜCKRUDERN

Beim Besuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz (SPD) in der zentralchinesischen Metropole Tschongking am 14. April und später der Hauptstadt Peking hatte die Volksrepublik zuletzt fast alle diplomatischen Zeremonielle wegfallen lassen. In der ablaufenden Woche warnte Scholz nun vor »Protektionismus«, der »macht am Ende alles nur teurer«, so der umstrittene Regierungschef beim Industrie- und Handelskammer-Tag in Berlin am Mittwoch laut IHK. »Was wir brauchen, ist ein fairer und ein freier Welthandel.«

Scholz hatte bereits in den vergangenen Jahren etwa die chinesischen Milliardeninvestitionen in den Hamburger Hafen verteidigt. Die de facto bankrotte westliche Hegemonialmacht USA strebt aber seit 2020 eine technologische, ökonomische und kulturelle Entkopplung von China und Russland einerseits und Europa andererseits an sowie die Ausdehnung seiner Einflussphäre nach Osten. Bei der öffentlichen Ankündigung der Sprengung der zivilen Erdgasleitungen in der Ostsee für Fernwärme– ein Kriegsverbrechen – hatte Scholz im Februar 2022 in Washington neben dem US-Präsidenten Joseph Biden gestanden – und gelächelt (DW berichtete). (ale)



Darstellung der wichtigsten Erdgasversorgungsleitungen aus der Russischen Föderation nach Mittel- und Westeuropa.
Grafik: Samuel Bailey/CC

Ljungqvist gab Ermittlungen auf

Die schwedische Staatsanwaltschaft stellte ihre Ermittlungen zur Sprengungen der Nord-Stream-Erdgasleitungen im Februar 2024 ein. Warum?

Im Juni 2023 hatte der Leiter der schwedischen Ermittlungen, Staatsanwalt Mats Ljungqvist, gegenüber Medien noch erklärt, dass binnen weniger Wochen eine Anklage im Fall der Sprengungen an drei der vier Nord-Stream-Pipelines vorgelegt würde. Dann hieß es aus Stockholm abrupt, dass es »keine schwedische Zuständigkeit« in dem Fall gebe. Wer brachte Ljunqvist zur Aufgabe des Zwecks seines Berufes?

»Eines der grossen Ziele der amerikanischen Politik und damit der Nato besteht darin, die unvermeidliche Aussöhnung zwischen Russland und Deutschland zu verhindern.« So der französische Politikwissenschaftler Emmanuel Todd und Buchautor zur Sprengung der Nordstream-Fernwärmeleitungen und der angloamerikanischen Expansion auf dem europäischen Kontinent. Auch aus Sicht der US-Legende des Aufklärungsjournalismus Seymour Hersh sind die USA für die Sprengungen und weitere Folgen verantwortlich, was er in der Folge der DW-Berichterstattung in mehreren Beiträgen mit

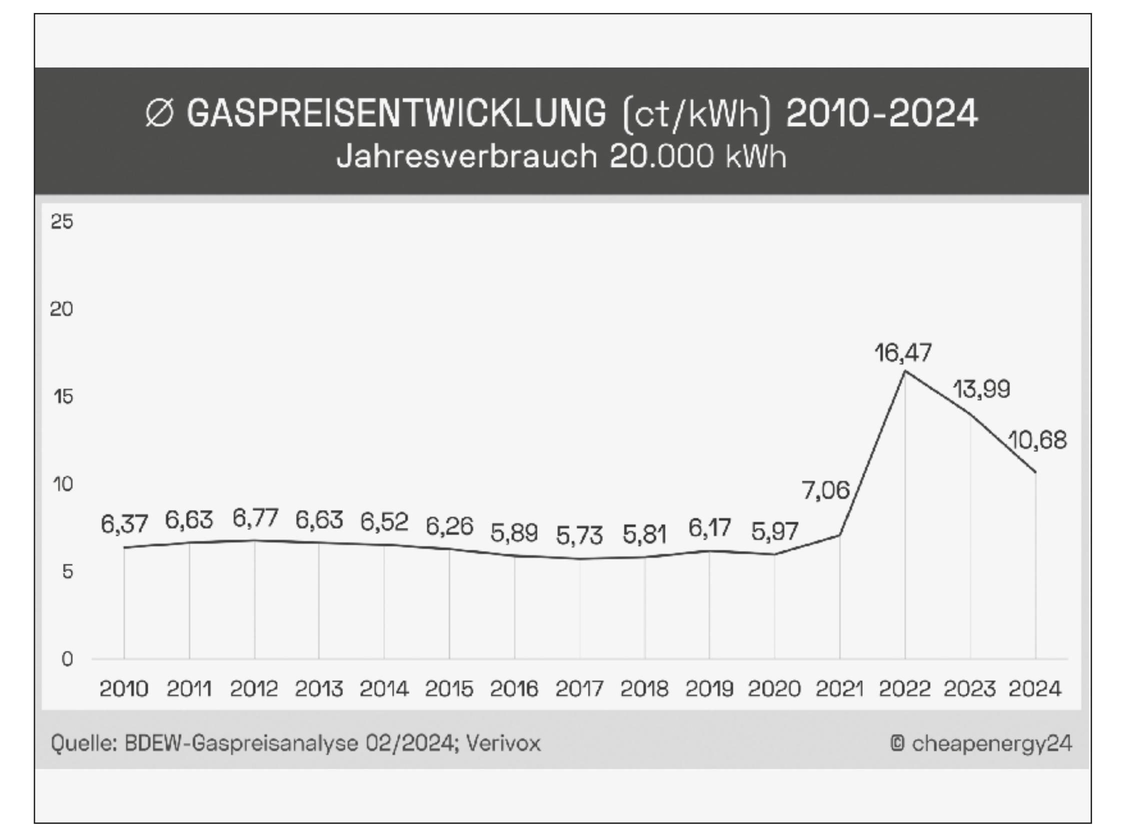


Wurde er nach dem Nato-Beitritt Schwedens unter Druck gesetzt – oder gar bedroht? Der schwedische Staatsanwalt Mats Ljungqvist.
Foto: Mats Ljungqvist auf X-Twitter

Aussagen aus Geheimdienstkreisen belegte (DW berichtete auch dies).

»USA TREIBEN KEIL ZWISCHEN RUSSLAND UND WESTEUROPA«

Das Urgestein Hersh legte zuletzt in einem im Februar 2024 veröffentlichten Beitrag nach. Die Sabotage in der Ostsee sei das »Ergebnis einer langjährigen US-Politik, einen Keil zwischen Russland und Westeuropa zu treiben«, konstatiert auch Hersh. Im Februar 2023 hatte er das erste Mal über die ihm bekanntgewordenen Hintergründe geschrieben. (bat)



Nach der Sprengung der zivilen russisch-französisch-deutschen Fernwärmeleitungen in der Ostsee stieg der Preis fürs Heizen drastisch an, liegt nach der Erholung noch immer weit über dem Ausgangspreis. Die drastische Verteuerung sowie der Abfluss dieses Geldes in die USA betrifft fast alle Haushalte in der BRD und Frankreich sowie die Gesamtheit von Industrie und Handel. Die Auswirkungen der Nordstream-Zerstörung bedeuten eine anhaltende volkswirtschaftliche Schwächung, die längst tief ins Leben jedes Deutschen durchschlägt. Grafik: BDEW/Verifox/cheapernergy24



WIR SIND DIE 99 PROZENT!

MOTOR MITTELSTAND

KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

WEG MIT DEM PARTEIENSYSTEM

Er hat schon gute Ideen, der Herr Bundeskanzler, etwa den Mindestlohn auf zukünftige 15 Euro anzuheben. Nein, er hat kein schlechtes Gewissen wegen der gerade beschlossenen sechs Prozent Diätenerhöhung im Deutschen Bundestag auf schlappe 11.227,20 Euro ab Juli 2024. Denn das hat er bestimmt schon wieder vergessen. Kritik kommt kaum, obwohl es die höchste Erhöhung seit fast 30 Jahren ist. Das also ist der der wahre Grund für die Forderungen des Kanzlers: Mindestlohnerhöhung in den Raum stellen, gleichzeitig Kürzungen anderer Art durchführen. Macht nichts, die Bauern sind auf ihre Felder zurückgekehrt, wo sie ja auch hingehören und sich wahrscheinlich auch wohler fühlen als unter dem Schutz der deutschen Polizei im Kampf für Demokratie und bäuerliche Rechte.

Bundestagsabgeordnete dürfen bei Flügen über vier Stunden weiterhin *Business* fliegen, die Bahn*card* 100 gibt es kostenlos dazu. Sinnloser geht es kaum. Auch *Fast Lane* und *Business Lounge* dürfen weiterhin gebucht werden, schließlich soll die Reisequalität nicht eingeschränkt werden.

Aber das wirklich Groteske sind die Nebeneinnahmen, welche die Abgeordneten offenlegen müssen. Beim Spitzenreiter, Sebastian Brehm von der CDU/CSU, sind es zum Beispiel schlappe 3,5 Millionen Euro. Die Liste ist lang und es finden sich gut 50 Prozent aller Abgeordneten darauf. Das ist die eine Seite, die andere ist, dass es genügend Unternehmer unter den 99 Prozent gibt, die den Abgeordneten lukrative Jobs anbieten und sie bezahlen – oft für wenig oder gar keine Arbeit. Dieser Sumpf ist tief und kaum zu übersehen. Bei der SPD stieg der Anteil der bezahlten Abgeordneten jüngst von 26 auf 37 Prozent, bei den Grünen von 15 auf 25 Prozent. Unternehmen und Verbände versorgen ganz gezielt die Regierungsparteien mit lukrativen Nebenjobs. Hierfür gibt es nur eine Sichtweise: Nichts spricht gegen Einkünfte aus ehrlicher Arbeit, aber transparent muss es sein.

Deshalb weg mit dem Parteiensystem! Wenn wir überhaupt einen Bundestag benötigen, dann mit arbeitenden parteilosen und rechtschaffenden Mitgliedern ohne wesentliche Nebeneinkünfte – zeitlich begrenzt, dann geht's zurück in die Wirtschaft. Konzentration auf die Arbeit an und in unserem Land. Und das, versteht sich, bei voller Transparenz, denn Affären hatten wir schon genug.

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Manipulation und Maskenbetrug

Italien erlebt Aufsehen erregende Verfahren wegen Wirtschaftskriminalität in der Folge des Corona-Lügenputsches. Bericht von KD, Redaktion Transition News

Ein regelrechtes Justizbeben erschüttere die Politik in der italienischen Region Ligurien und darüber hinaus. Dabei geht es laut dem Blog Byoblu insbesondere um den Präsidenten des nordwestlichen Abschnitts Italiens, Giovanni Toti. Vergangene Woche war er unter dem Vorwurf der Korruption bei der Ausübung seines Amtes und der Verletzung der Amtspflichten verhaftet worden.



Verhaftet wegen mutmaßlicher Corona-Verbrechen: Giovanni Toti war Fernsehjournalist der umstrittenen Mediaset-Gruppe des Tycoons Silvio Berlusconi. Als Mitglied der Partei Forza Italia war er von 2014 bis 2015 Mitglied des Europäischen Parlaments. Seit 2015 ist er Präsident der Region Ligurien. Toti gründete im August 2019 die Partei Cambiamo. Foto: Comune di Genova/CC (2023)

Den Richtern zufolge soll Toti von den Unternehmern Aldo und Roberto Spinelli »Versprechungen über verschiedene Darlehen angenommen und insgesamt 74.100 Euro erhalten haben«. Als Gegenleistung für die Finanzierung, so die Anklage, soll sich Toti verpflichtet haben, die Unternehmer bei einer Reihe von Praktiken zu unterstützen, die sowohl die Umwandlung von öffentlichen in private Strände als auch Baukonzessionen betrafen. Toti wurde im Rahmen einer Untersuchung, in der gegen 25 Personen ermittelt wird, unter Hausarrest gestellt, wobei gegen zehn von ihnen, darunter der Präsident der Region selbst, Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien. Nun kommt zu dieser Anklage eine weitere Ermittlung im Gesundheitssektor hinzu. Diese ergibt sich aus einem abgehörten Telefongespräch zwischen Toti und dem Kabinettschef der Region, Matteo Cozzani, vom Frühjahr 2021. Die beiden sprechen über die Impfdosen und die Durchimpfungsrate. Im Zuge dessen kommt die Frage der gefälschten Daten auf.

»ICH HABE DIE FALLZAHLEN EIN WENIG ERHÖHT«

»Aber verdammt, Herr Präsident, die sind doch verrückt ...«, sagt Cozzani in der Aufzeichnung in Bezug auf die Covid-»Fallzahlen«, die nach Rom geschickt wurden, genauer gesagt an die Struktur der Pandemiebeauftragten unter der Leitung von General Francesco Figliulo. »Aber nein, ich habe sie ein wenig erhöht«, antwortet Toti. »Aber das hatte ich schon getan«, entgegnet Cozzani. Daraufhin Toti: »Verdammt, sag mir doch, dass du das schon getan hast.« Das Gespräch wird von Cozzani an den Generalsekretär der Handelskammer, Maurizio Caviglia, gemeldet. Daraufhin gesteht Totis Stellvertreter: »Das Problem war, dass ich sie bereits manipuliert hatte, er nahm sie und erhöhte sie noch einmal.« Wie die Presseagentur ANSA berichtet, haben die Ermittler bei der Untersuchung wegen Korruption auch einen Betrug, in den Toti verwickelt ist, in Höhe von 1,2 Millionen Euro bei der Lieferung von Masken während der »Pandemie« aufgedeckt.

Der Blog Byoblu kommentiert: »Es wäre nicht verwunderlich, wenn der ligurische Modus Operandi in Zukunft auch in anderen Regionen zu finden wäre. Bereits im Jahr 2021 war der sizilianische Gesundheitsminister Ruggero Razza wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Verwaltung der Covid-Daten zurückgetreten.« Zurück nach Ligurien: Das Portal erinnert an die engen Beziehungen zwischen Toti und dem Direktor der Klinik für Infektionskrankheiten des Universitätsklinikums von Genua, Matteo Bassetti. Der ehemalige »Virus-Star« sei nämlich auch ins Fadenkreuz der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft geraten. So tauche sein Name in den Unterlagen als gern gesehener Gast im Grand Hotel der Familie Paletti in Porto Venere auf. Matteo Cozzani wird unter anderem vorgeworfen, seine Familie bei einem umstrittenen Immobiliengeschäft auf der Insel Palmaria begünstigt zu haben. Im Gegenzug soll die Familie Paletti regionale Vertreter und Freunde des Präsidenten kostenlos oder zu sehr günstigen Konditionen beherbergt haben. Unter ihnen befindet sich auch Matteo Bassetti. Der Professor rechtfertigte sich gegenüber dem Corriere della Sera mit folgenden Worten: »Im Jahr 2021 war Bassetti in aller Munde, und es war eine Freude, mich zu empfangen. Sie wissen, dass ich mit Toti befreundet bin, aber seit 2019, als ich in San Martino ankam, habe ich keine Karrierefortschritte dank ihm gemacht.« In Deutschland war der damalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) frühzeitig durch mehrere Immobilien- und Masken-»Deals« während des Corona-Ausnahmezustandes aufgefallen.

DER FALL REMDESEVIR

Laut Byoblu war Bassetti nicht nur ein großer Befürworter der »Impfstoffe« gegen Covid, sondern bestand auch auf dem Kauf des antiviralen Medikaments Remdesivir. Dabei handelt es sich um ein sehr teures Medikament, das über zweitausend Euro pro Behandlung kostet und als Heilmittel für Covid-Patienten angepriesen wird. Remdesivir hat sich jedoch als unwirksames Medikament erwiesen – und zwar derart, dass die Abgeordnete Giulia Grillo im Parlament eine Anfrage stellte. Die Frage, die Grillo dem damaligen italienischen Gesundheitsminister Roberto Speranza stellte, lautete: »Warum ein so teures Medikament kaufen, das dann nicht einmal die gewünschte Wirkung hat?« Trotzdem empfahl Matteo Bassetti auch nach dem Ende des Notstands weiterhin Remdesivir. Das Medikament wird von Gilead hergestellt, einem der 21 Pharmaunternehmen, mit denen Bassetti Geschäfte gemacht haben soll, wie aus dem 2021 veröffentlichten Bericht des International Committee of Medical Journal hervorgeht. Die Regionalregierung Liguriens kaufte weitere Lieferungen von Remdesivir – die letzte im Januar 2024 für insgesamt etwas mehr als 9 Millionen Euro, und zwar ohne Mehrwertsteuer, wie das Portal präzisiert.

Dieser Artikel erschien mit dem Autorenkürzel KD zuerst auf dem Nachrichtenportal transition-news-org am 15. Mai 2024. Er wurde für die Anforderungen einer gedruckten Zeitung redigiert und aktuell erweitert.

MELDUNG

INSOLVENZANTRÄGE AUF REKORDSTAND

Halle/Ratingen/München/DW. Die Politik der Ampelregierung trägt Früchte: Im April 2024 ging es für die deutsche Wirtschaft weiter bergab. Wie das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle mitteilte, ist die Zahl der Firmenpleiten in Deutschland zum dritten Mal in Folge auf einen Rekordwert gestiegen. Die Zahl der Insolvenzen von Personen- und Kapitalgesellschaften lag bei 1.367 und somit um fünf Prozent höher als noch im März und gar um 47 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Betroffen von dieser Flaute sind 34.000 Arbeitsplätze, was eine Verdreifachung gegenüber März darstellt. Zuletzt meldete u. a. der Modehersteller Esprit Insolvenz an. Derweil teilte das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung mit, dass im April 39,5 Prozent der Industrieunternehmen von fehlenden Aufträgen berichteten (Januar: 36,9 Prozent). (kmü)

ERGEBNIS GRÜNER ENERGIEPOLITIK

Berlin/Remscheid/DW. Obwohl der Bundesverband der Deutschen Heizungsindustrie Anfang Mai verkündete, dass Wärmepumpen-Verkäufe um die Hälfte eingebrochen sind – im ersten Quartal sank die Zahl von 96.500 auf 46.000 Geräte und während 2023 rund 353.000 Wärmepumpen abgesetzt wurden, rechnet man 2024 mit weniger als 200.000 verkauften Geräten – fabulierte der umstrittene Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) bei der Digital-Messe OMR, dass die mediale Berichterstattung der Wirklichkeit hinterherhinke. »Die Zahlen steigen gerade richtig. Die Anmeldezahlen – wir fördern die Dinger ja – gehen richtig hoch und auch wenn man mit den Unternehmen redet, die sagen: ›Zieht jetzt richtig an‹«, so Habeck. Tatsächlich wurden in den ersten zehn Wochen 2024 laut nius.de lediglich 21.000 Anträge genehmigt, was »kein Grund für Jubelstürme« sei. Das Heiztechnikunternehmen Vaillant muss aufgrund der eingebrochenen Nachfrage weltweit 700 Stellen streichen, darunter 300 in Deutschland. Dazu passt: Das öffentliche Laden von E-Autos ist inzwischen teurer als Benzin. (kmü)

NACH HETZE GEGEN AFD: WÜRTH VERLIERT MILLIONENSUMME

Der baden-württembergische Unternehmer Reinhold Würth hatte Anfang März 2024 seinen 25.000 Beschäftigten in Deutschland davon abgeraten, die AfD zu wählen. Als Grund nannte der 88-Jährige »Schraubenkönig«, ohne dabei belastbare Fakten anzuführen, dass die AfD »eine Demokratur oder gar eine Diktatur« anstrebe (DW berichtete). Wie er nun dem Handelsblatt gegenüber erklärte, habe ihm diese Haltung einen geschätzten Umsatzverlust von etwa 1,5 Millionen Euro eingebracht. (kmü)

IM OSTEN WAS NEUES

Der Ukraine laufen die Rekruten davon. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski hat seine für diese Woche geplanten Auslandsreisen verschoben, wie sein Pressesprecher mitteilte. Russland geht in der Grenzregion Charkow offenbar in die Offensive.

BERICHT UND PRESSESCHAU von Batseba N'Diaye (mit Material von TASS und weiteren Quellen)

Die Mitteilung, dass der Kiewer Oberbefehlshaber seine Reisen absage, wurde am Mittwoch abgegeben. Der ukrainische Staatschef habe »angewiesen, alle für die kommenden Tage geplanten internationalen Veranstaltungen mit seiner Beteiligung zu verschieben und neue Termine zu koordinieren«, so ein Regierungssprecher per Online-Mitteilung im Kurzbriefdienst X-Twitter.

Wladimir Selenski hatte am Freitag nach Spanien reisen wollen, um dort mit König Felipe VI. Zusammentreffen und Gerüchten zufolge über aristokratischen Wohnungsbau zu fachsimpeln. Später sollte er Portugal besuchen, wo er einen weiteren Kontrakt unterzeichnen wollte, hieß es. Lissabon hat bislang erst drei Panzer an die Ostfront im Stellvertreterkrieg geliefert, jenem Krieg, der einer Anzahl Kritikern zufolge auch nur ein weiterer blutiger Teil des absurden Welttheaters ist, der den Zusammenbruch des US-Dollarsystems und die weltweite Überproduktionskrise jahrelang und geplantermaßen überlagern soll.

UKRAINE IN »ÄUSSERST SCHWIERIGEN LAGE«

Der Schritt der Reiseverschiebung des Kiewer Präsidenten kommt zu einem Zeitpunkt, da das russische Verteidigungsministerium erfolgreiche Vorstöße in der ukrainischen Region Charkow meldete. Am Mittwoch hieß es, Moskaus Truppen hätten weitere Dörfer – Glubokoje und Lukjanzy – nahe der ukrainisch-russischen Grenze eingenommen. Der neue ukrainische Verteidigungsminister Rustem Umerow räumte ein, dass sich Kiew in einer »äußerst schwierigen« Lage befinde, da seine Truppen Schwierigkeiten hätten, die Stellung zu halten, und sie den russischen Streitkräften unterlegen seien. Vor diesem Hintergrund forderte er die Waffenlieferanten der Ukraine auf, mehr Munition zu schicken.

Ukrainische Beamte haben seit langem gewarnt, dass man nicht in der Lage sei, einen größeren russischen Angriff abzuwehren und sich zugleich über Verzögerungen bei westlichen Geld- und Waffenlieferungen beklagt. Im April warnte der Chef des Kiewer Militärgeheimdienstes Kirill Budanow, dass die Ukraine Mitte Mai und Anfang Juni vor ernsthaften Schwierigkeiten stehen werde. Stellungen in der Region Charkow wurden von den ukrainischen Streitkräften häufig für Artillerie- und Drohnenangriffe auf russische Grenzgebiete nahe Belgorod genutzt, von denen viele auf Wohnhäuser abzielten und demzufolge Dutzende von zivilen Opfern forderten, hieß es laut der Moskauer Nachrichtenagentur TASS. Im März hatte der russische Präsident Putin angedeutet, dass Moskau »irgendwann« gezwungen sein könnte, »einen gewissen Cordon sanitaire«in den von Kiew kontrollierten Gebieten zu errichten, um weitere Angriffe zu verhindern.

Eine Anspielung Putins. Denn Cordon sanitaire war ursprünglich die Bezeichnung für ein System von Grenzkontrollen zur Eindämmung von Seuchen, wie auch die umstrittenen Wikipedia-Seiten wissen: »Nach dem Ersten Weltkrieg diente der Begriff auch als politisches Schlagwort für den 1919/20 geschaffenen Gürtel zwischen der Sowjetunion und dem westlichen Europa. Er reichte von Finnland über die baltischen Staaten und Polen bis Rumänien und sollte es vor der ›bolschewistischen Weltrevolution‹ schützen. Der Hitler-Stalin-Pakt teilte diesen Staatengürtel 1939 in eine deutsche und eine sowjetische Interessensphäre.« Laut den bekannten Expansionsplänen des US-Imperiums, versucht dieses derzeit, eine Art Linie seiner westlichen Einflussphäre mit tributpflichtigen Vasallenstaaten vom Baltikum zum Schwarzen Meer zu ziehen und diese nach Osten zu verschieben, wie Experten und Kritiker darlegen. Dieses amerikanisch-englische Vorgehen erleidet seit dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine erhebliche Rückschläge.



Emissionen nach der Zerstörung einer Chemiefabrik in Sewerodonjetzk im Mai 2022. Foto: Mvs.gov.ua/CC



BRD ERSCHWERT GEDENKEN FÜR DIE RUSSISCHEN GEFALLENEN

Das BRD-Regime hatte vor den Feierlichkeiten zu 79 Jahren der Nazi-Kriegsniederlage gegen die Rote Armee versucht, alle sowjetische Fahnen und Georgsbänder zu verbieten. USA, UK und Nato versuchen seit Jahren, Russland aus der europäischen Geschichte zu tilgen. Das fällt in Berlin und im Osten der heutigen BRD besonders schwer, wo die russischen Truppen im Jahr 1994 friedlich abzogen waren, während in die West-Besatzer nach 79 Jahren noch immer ihre Truppen auf deutschem Boden halten. Es ist eine der längsten Fremdherrschaften in der neueren Geschichte der Erde.

Russland und die Sowjetunion hatten bei Weitem die Hauptlast bei der Bezwingung der Hitler-Diktatur geleistet, über 27 Millionen Sowjetbürger (Zivilisten und Soldaten) kamen im Krieg mit Deutschland ums Leben. Seite 2022 kommt es teils zu absurden Situationen im Zuge der Gedenkfeierlichkeiten in Berlin, die auf Geheiß der Westbesatzer unterminiert und teils sogar durch die weltweit berüchtigten Berliner Inlandsmilizen mit Polizeiaufdruck angegriffen wurden. 2024 sollen Besucher des Ehrenmales in Berlin-Treptow mit der Gedenkausgabe der Tageszeitung *junge Welt* am Eintritt des Geländes gewaltsam gehindert worden sein.

Die russische Botschaft in der BRD stellte in ihrem *Newsletter* das Gedenken in Dresden heraus (auf dem Bild): »Anlässlich des 79. Jahrestages des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg fanden am 8. Mai 2024 am sowjetischen Ehrenmal am Dresdener Olbrichtplatz und am sowjetischen Garnisonsfriedhof in Dresden feierliche Gedenkveranstaltungen statt. Der russische Botschafter in Deutschland Sergej Netschajew [im Bildvordergrund; red.], der Verteidigungsattaché Sergej Tschuchrow sowie Mitarbeiter der russischen diplomatischen Mission, Vertreter des Büros für Kriegsgräberfürsorge bei der russischen Botschaft, des Handels-und Wirtschaftsbüros und des Russischen Hauses in Berlin haben an den Gedenkstätten Ehrenkränze niedergelegt und der Gefallenen gedacht.

Das Ehrenmal am Olbrichtplatz wurde zum Gedenken an die Kämpfer der 5. Gardearmee errichtet, die bei der Befreiung Dresdens gefallen sind. Es wurde am 25. November 1945 eingeweiht und war das erste Denkmal, das nach dem Zweiten Weltkrieg auf deutschem Boden errichtet wurde.« (ale) Foto via Russische Botschaft Berlin



ATTENTAT AUF NATO- UND BIG-PHARMA-KRITIKER

DW/Bratislava. Der NATO-kritische slowakische Ministerpräsident Robert Fico wurde am Mittwochnachmittag in Handlova, nordöstlich der Hauptstadt Bratislava, auf offener Straße niedergeschossen. Der Täter hat laut Innenminister Matus Sutaj Estok fünf Schüsse abgefeuert, eine Kugel davon habe Fico in den Bauch getroffen. Der Regierungschef kämpfte im Krankenhaus um sein Leben, befand sich nach einer Not-OP (bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe) aber zum Glück außer Lebensgefahr und wieder bei Bewusstsein. Beim Täter handelt es sich um Juraj C. (71) aus Levice, der seine Waffe legal besessen haben soll, wie die Nachrichtenseite Plus 7 Dni berichtet. Er hatte sich in der Vergangenheit offenbar mehrfach über rechte Politiker empört gezeigt.

Der Sozialdemokrat Robert Fico (Smer-Partei) hatte sowohl zur Corona-Lüge vergleichsweise frühzeitig die Wahrheit gesagt (DW berichtete), als auch dem Kiewer Statthalterregime das Vertrauen entzogen, und war unter anderem gegen die Pharma- und Digitalkonzernmafia in der Slowakei vorgegangen.

Kaum zu glauben: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnisgrüne) wagte es, kurze Zeit nach der abscheulichen Tat in einer Bundestagsrede, eine Verbindung des Mordanschlags auf Fico mit der AfD herzustellen. Mit Blick auf die Partei sagte er, »dass aus Worten Taten folgen und dass diese Taten meistens eine geistige Vorbereitung« hätten. Unfassbar widerwärtig reagierten Teile der deutschen Konzernpresse. Während Fico noch um sein Leben kämpfte, betrieb etwa das Relotius-Blatt Spiegel eine perfide Täter-Opfer-Umkehr und schrieb davon, dass Fico das politische Klima im Land vergiftet hätte und somit eine Mitschuld an dem Attentat trage. (bat/ale/kmü) Foto: Bizadda/CC

BERICHTIGUNG

In der Ausgabe DW173 hieß es an dieser Stelle Bericht »Zum antifaschistischen Gedenktag«, in der Folge des CIA-Putsches in der Ukraine seien die Gewerkschaftshäuser in Kiew und Mariupol angegriffen worden. Richtig ist, dass die Gewerkschaftshäuser von Odessa und Mariupol angegriffen wurden. Wir bitten um Nachsicht und Anerkennung dieser Korrektur. (red/bat/ale)

Wenn der KHK nur murmelt…

Bericht von einer »Hausdurchsuchung«

BEI UND VON Dr. Daniel Langhans

Der sehenswerte Film »Das Leben der Anderen« von Florian Henckel von Donnersmarck wird bei amazon.de recht gut zusammengefasst: »Ost-Berlin, November 1984: Der Stasi-Hauptmann Gerd Wiesler wird mit der Überwachung des erfolgreichen Dramatikers Georg Dreyman und dessen Lebensgefährtin (…) beauftragt. Doch je mehr Gerd in das Leben der Anderen eindringt, desto mehr wird ihm die Trostlosigkeit seines eigenen bewusst.«

Heute entlockt es uns nur ein müdes Lächeln, wenn in den Achtziger Jahren zum Verwanzen von Wohnungen von Dissidenten Kabel gezogen werden mussten. Inzwischen genügt es, dass ein Amtsgericht dem Begehren der Staatsanwaltschaft auf eine sogenannte »Hausdurchsuchung« stattgibt, und – schwupps – ist das Regime im Besitz sämtlicher elektronisch verfügbarer, insbesondere aller persönlichsten, Daten des Bürgerrechtlers.

»Befehl ist Befehl« – so heißt es immer. Doch wie fühlt man sich, wenn man als Kriminalhauptkommissar (KHK) seinen Einsatz mit einem Durchsuchungs-»Beschluss« durchführt, dessen Rechtmäßigkeit auf tönernen Füßen steht? Was am 23. April 2024 in meinem Privathaushalt geschehen ist, hätten wir alle noch vor wenigen Jahren nicht für möglich gehalten: Ein Trupp von Kriminalpolizisten dringt – immerhin durch die Haustür – ein. Vor die Nase hält mir der Kriminalhauptkommissar ein Schreiben des Amtsgerichts Memmingen: Darin wird statt einer Richter-Unterschrift lediglich der »Gleichlaut der Ausfertigung Mit (sic!) der Urschrift« bekundet; »be-ur-kundet« kann man wohl kaum sagen, denn ein schräg aufgesetztes Amtssiegel und ein 6-faches Kugelschreiber-Gekringel (!) sollen die Rechtsgültigkeit dieses Schreibens wohl bestenfalls vortäuschen, meine ich.



Dr. Daniel Langhans ist seit 1999 Kommunikationstrainer sowie Leiter des Teams Profiakquise (www.profi-akquise.de) und seit 2020 auch als Aktivist für die Menschenwürde tätig. Er kandidierte 2023 für das Amt des Ulmer Oberbürgermeisters. Zum Rahmen-Thema »Fröhlich im Widerstand« bereitet er eine Serie von vier Büchern vor. Foto: privat

»WAS WIRD MIR VORGEWORFEN?«

Noch halb benommen, stammele ich den Polizisten an, was mir eigentlich vorgeworfen werde? Die Zeit, das eng beschriebene 3,5-Seiten-Papier in Ruhe zu lesen, lässt er mir nicht, sondern weist sein Team an, sich im Haus zu verteilen, um die Arbeit aufzunehmen. In diesem Moment fällt mein Blick auf eine Textpassage, in der es heißt, ich hätte am 13.Dezember 2023 meine Ravensburger Rede vom 15. Januar 2022 erneut verlinkt. Ich sage zu ihm: »Dazu gibt es doch in Ravensburg ein Gerichtsverfahren [1]; das ist doch in der Berufung!« - Nein, das sei wohl ein neues Verfahren, murmelt er.

Langsam dringt es ins Zentralhirn vor: Zu meiner Rede vom Januar 2022, in welcher die Covid-19-Spritze von mir als »völllig unvergleichbar« (sic!) mit den »schrecklichen NS-Verbrechen« (sic!) bezeichnet wurde und die aktuell Gegenstand eines Rechtsstreits ist, hat die Staatsanwaltschaft Memmingen frech einen Straftatbestand konstruiert. Die – neue – »Straftat« bestehe darin, dass ich meine Rede vom Januar 2022 »verlinkte«; so heißt es wörtlich in dem Beschluss vom 15. März 2024, dessen »Gleichlaut« mit der Urschrift am 18. März 2024 nicht beurkundet, sondern allenfalls kugelschreiber-bekringelt wurde.

In den Tagen nach dieser Rumpelei, bei der mir mit Laptop, Festplatte und zwei Smartphones Werkzeuge geraubt wurden, stürzten sich die Mainstream-Medien auf das Thema. Schamlos wurde behauptet, jetzt stehe »wieder Volksverhetzung im Raum« [2]. Ein Journalist ließ sich zu der Formulierung hinreißen, ich habe »mittels eines Messenger-Dienstes im Dezember 2023 volksverhetzende Inhalte (…) veröffentlicht« [3]. Wo sind wir hier eigentlich? Wie kann als – völlig neues - Verbrechen behandelt werden, was aktuell Gegenstand einer gerichtlichen Klärung ist? In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union heißt es in Artikel 48, Absatz 1: »Jeder Angeklagte gilt bis zum rechtsförmlich erbrachten Beweis seiner Schuld als unschuldig.« [4] Analoges gilt gemäß Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention.

IM FALSCHEN FILM

Wie kann eine Staatsanwaltschaft in Memmingen hingehen und – buchstäblich aus der Luft! – eine Straftat konstruieren? – Im juraforum.de heißt es wörtlich: »Einer der wichtigsten Grundsätze im deutschen Strafverfahren ist die sogenannte Unschuldsvermutung, die sogar Verfassungsrang hat. Man gilt quasi solange als unschuldig bis das Gegenteil bewiesen ist.« [5]

Und an unseren murmelnden Kriminalhauptkommissar geht die Frage: Wie lebt es sich mit dem Wissen, dass man einem Unschuldigen – nach dem deutschen Strafprozessrecht gelte ich aktuell als unschuldig – seine allerpersönlichsten Daten wegnimmt? Einfach so..? Und dass man ihn seiner unentbehrlichen Werkzeuge für die tägliche Arbeit beraubt? Im Film »Das Leben der Anderen« erfährt der Hauptmann Gerd Wiesler eine ergreifende Bekehrung. In welchem Film sind wir hier und heute eigentlich?

[1] Zum Stand des Verfahrens in Ravensburg gab es am 18. Dezember 2023 eine Pressekonferenz: https://www.youtube.com/watch?v=CLQn-h9b_2Q | [2] https://www.augsburger-allgemeine.de/neu-ulm/pfaffenhofen-polizei-durchsucht-haus-von-querdenker-daniel-langhans-id70543356.html | [3] https://www.ulm-news.de/weblog/ulm-news/view/dt/3/article/95261/Volksverhetzende_Inhalte:_Hausdurchsuchung_beim_ehemaligen_Ulmer_OB-Kandidat_Daniel_Langhans.html | [4] https://fra.europa.eu/de/eu-charter/article/48-unschuldsvermutung-und-verteidigungsrechte | [5] https://www.juraforum.de/lexikon/unschuldsvermutung

Heinz Bude legte Terror-Junta offen

»Angstkommunikation«, Überfälle auf Oppositionelle, gleichgeschaltete Justiz und Lügenpresse. Die Corona-Lüge ist ein autoritärer und kriegszurichtender »Putsch nach innen und außen« und kommt von einer in ihrer eigenen Verwirrung untergehenden politmedialen und kapitalistischen Kaste.

Der bekannte Soziologe Professor Heinz Bude, der dem »Expertenrat« des Regimes angehörte, stellte das Putschistenregime bloß (DW berichtete). Bude kündigte zudem implizit mögliche neue Terrorlügen durch Wetterveränderungen an. Der Soziologe Bude sprach beim Podium an der Universität Graz am 24. Januar 2024 wie folgt.

»Wir hatten zehn Tage Zeit, das Corona-Kabinett mit einem Ratschlag zu versorgen. (...) Es war kein Virologe in dem Gremium. (...) Markus Kerber hat mich angerufen und mir gesagt: ›Wir brauchen Sie als Soziologen. Wir brauchen jemanden, der die Pandemie als Totalereignis in den Griff bekommt.‹

Jetzt noch einmal aus dem Nähkästchen geplaudert. Wir haben gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen, das so ein Bißchen wissenschafts-ähnlich ist. Und das war diese Formel ›flatten the curve‹ (die Kurve abflachen). Wie können wir die Leute überzeugen mitzutun, und das sieht so nach Wissenschaft aus. Man sagte, ›wenn Ihr schön diszipliniert seid, könnt Ihr die Kurve verändern!‹.

Das heißt, es gibt eine Veranschaulichung von individuellen Verhaltensveränderungen in einer Art von wissenschaftlicher Darstellbarkeit. Das war in dieser Formel drin, ›flatten the curve‹. Das haben wir geklaut von einem Wissenschaftsjournalisten, das haben wir nicht selber erfunden. Aber wir fanden das irgendwie toll, das man so eine Quasi-Wissenschaft in Form von ›flatten the curve‹ noch mit drin hat. (...)

BUDE KÜNDIGTE »WETTER-EREIGNISSE« AN

Meiner Ansicht nach laufen wir auf wieder singuläre Krisen auf absehbare Zeit hinaus. Bei Extremwetter-Ereignissen wird man Leute evakuieren müssen. Man wird Leuten sagen müssen, ›Du kannst Dein Haus nicht mehr an dieser Stelle aufbauen‹. Und man wird Zwang ausüben müssen, ›ich habe aber andere Informationen und ich lasse mich hier nicht evakuieren!‹. Man wird Zwang ausüben müssen, und zwar legitimen Zwang.

Wir werden in Situationen vermehrt zu tun haben, solche Art von Krisen, die individuelle Verhaltensveränderungen verlangen, wenn man den Krisen als als Gesellschaft in kollektiver Handlungsfähigkeit standhalten will. Und das ist das entscheidende Argument: Können wir das überhaupt in einer modernen, liberalen Gesellschaft? Und muss man dann nicht hinterrücks ganz furchtbare Dinge wie Angstkommunikation benutzen, also sozialpsychologische [Täuschung]?«



Von links nach rechts auf dem Podium im Bild: Heinz Bude (Universität Kassel und seit Jahrzehnten Regierungssoziologe), Alexander Bogner (Österreichische Akademie der Wissenschaften), Klaus Kraemer (Universität Graz) und Daphne Hruby (ORF) diskutierten das Putschisten- und Terrorregime im neutralen Österreich in der Stadt Graz am 24. Januar 2024. Foto: DW-Bildschirmfoto des später veröffentlichten Mitschnitts (https://youtu.be/5j5WHi67-go?feature=shared)



EXTREMWETTER

Über 130 Menschen starben bei der Flut im rheinland-pfälzischen Ahrtal, die am 14. Juli 2021 begann. Schon damals erschienen die Vorgänge vielen Menschen als ungewöhnlich und teils als unglaublich. Das Hochwasser schien sich sehr stark auf diese kleine Region zu konzentrieren, zudem gab es aburde Fehler bei der ausbleibenden Vorwarnung, Staudämmen und Abflüssen sowie bei der zunächst nahezu ausbleibenden Räumung und Wiederherstellung. Bundeswehr und sogenannte »Impf-Busse« dominierten die Szenerie der Zerstörung.

Die umstrittenen Online-Seiten Wikipedia halten dazu fest: »Im Landkreis Ahrweiler hinterließ das Hochwasser eine Spur der Verwüstung. Kreisweit wurden 62 Brücken zerstört und weitere 13 schwer beschädigt. Auf der Ahrtalbahn wurden mindestens sieben Brücken und rund 20 Kilometer Gleis durch Über- und Unterspülungen unbefahrbar. Zudem erlitten 19 Kindertagesstätten und 14 Schulen Beschädigungen. In der Gemeinde Schuld stürzten sechs Häuser ein, zahlreiche weitere wurden schwer beschädigt. In der Stadt Sinzig starben zwölf Bewohner der Behinderteneinrichtung Lebenshilfe-Haus. Mehr als 330 Menschen konnten mit Hubschraubern von Dächern und Bäumen gerettet werden.

Pegel Altenahr / Hochwasserstand: ca. 1000 cm. Der für das Hochwasser ermittelte Spitzenabfluss wurde mangels vorliegender Messdaten mittels des Pegels Reimerzhoven mit 750–1000 m³/s abgeschätzt. Damit zählt dieses Ereignis seit der Aufzeichnungen neben den Hochwassern von 1804 und 1910 zu den stärksten bekannten Hochwasserereignissen an der Ahr.« (jro)

Foto: AhrRebell67





Das Letzte – von Hendrik Sodenkamp

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit herzzerreißendem Pathos setzen sich unsere hiesigen Partei-, Konzern- und Medienfunktionäre gegen ein Gesetz ein, dass in diesen Tagen in der gewählten Nationalversammlung von Georgien beschlossen wurde. Sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen, die mehr als 20 Prozent ihrer Gelder aus dem Ausland erhalten, müssen dies nun in dem Kaukasusland zwischen Russland und der EU kenntlich machen. Typisch undemokratisch-ost-autoritäre Vorgänge, heißt es in Deutschland dazu.

In den USA existiert ein solches Gesetz mit dem Titel »Foreign Agents Registration Act« (dt.: Gesetz zur Kenntlichmachung von ausländischen Agenten) seit 1938. Demnach musste sich die russische Auslandswelle Russia Today 2017 als sogenannter ausländischer Agent bei US-Behörden registrieren lassen. In der EU darf RT seit 2022 nicht mehr senden. Die Paranoia wuchert gehörig bei unseren Machthabern. Mit ihren autoritären und billigen Methoden betreiben sie in diesem Jahr massiv Wahlkampf gegen die AfD, nachdem sie hiermit schon ordentlich gegen die Demokratiebewegung vorgegangen sind.

Als wir begannen, gegen die Unverhältnismäßigkeit der Coronamaßnahmen zu protestieren, wurden wir als »Kreml-Propagandisten«, Handlanger von Neonazis, Verrückte und Antisemiten verleumdet. Neu war: Das Verteilen unserer Zeitung sollte laut Berliner Polizei gar das Verbreiten von »Viren-kontaminiertem Material« sein. Nach dieser Logik verfolgt nun der Inlandsgeheimdienst flächendeckend auch Aussagen, die »unterhalb der Strafbarkeitsgrenze« liegen. Wird die Hand geschüttelt, stirbt Oma. Sagt oder schreibt jemand einen Satz, der auch in der 30er- und 40er- Jahren verwendet wurde, steigt wahlweise Adolf Hitler oder der Kaiser aus dem Grab empor, um über uns alle zu herrschen. Wer in diesen Tagen »Bombenwetter« sagt und dabei ernst guckt, beschwört ein großes Unglück für »unsere Demokratie« herauf – und für sich selbst die Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst.

Unsere Machthaber haben in ihrem Niedergang keine Hemmung, sich im magischen Denken zu verlieren. Wir bleiben derweil lieber bei der Aufklärung. Wenn Sie uns dabei unterstützen möchten, schließen Sie ein Abo ab, verteilen Sie diese Zeitung oder spenden Sie. All das geht über unsere Internetseite demokratischerwiderstand.de

Wir werden nicht weichen. Wir machen bei diesem Schwachsinn nicht mit. Wir beharren auf erreichten zivilisatorischen Standards, der Republik und dem Ausgleich durch Recht.

Mit hochachtungsvoll demokratischen Grüßen
Hendrik Sodenkamp
für den DW



»DER DRUCK WAR ENORM«

Interview mit Marcus Sartory, Geschäftsführer der Sartory-Säle Köln, in denen am 4. Mai das Konzert der Rockband Weimar stattfand | Von Klaus Müller

Der *Gig* der Rock-Rebellen Weimar, die seit einem *Spiegel*-Artikel vom Februar 2023 als »rechtsextrem« *geframt* werden, in der Domstadt (DW berichtete in Ausgabe 173) sorgte für viel Wirbel, weil linke und linksextreme Gruppen sowie Konzernmedien im Vorfeld massive Hetze betrieben hatten. Ihre Empörung richtete sich dabei vor allem gegen Gastgeber Marcus Sartory, doch der blieb hartnäckig und weigerte sich, das Konzert abzusagen. Der DW sprach mit ihm ...

DW: Sie haben das Weimar-Konzert trotz politischen und medialen Drucks stattfinden lassen. Wie gelangten Sie zu Ihrer Entscheidung?

Marcus Sartory: Zunächst einmal vorab: Wir, also mein Team und ich, wollen grundsätzlich keine extremistischen Künstler in unserem Haus haben. Dabei ist uns völlig egal, ob sie aus der politisch linken oder rechten Ecke stammen. Um dem nachzukommen, haben wir im Vorfeld die älteste und größte Künstlervereinigung Kölns angeschrieben mit der Bitte um eine Einschätzung. Ich finde: Mehr Expertise geht nicht. Wir wollten keineswegs – so der Vorwurf uns gegenüber – einer rechtsradikalen *Band* eine Bühne bieten. Aber genauso wenig wollten wir uns zum Instrument einer unberechtigten Einstufung machen lassen, die einer Ächtung gleichkommt und nach unserem Verständnis nichts mehr mit dem Grundgedanken einer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu tun hat.

DW: Wie war das *Feedback* der Künstlervereinigung?

M.S.: Wir erhielten eine differenzierte und objektive Stellungnahme, deren Inhalt ich beachtlich fand in diesen Zeiten, in denen sich niemand die Finger verbrennen möchte. Darin hieß es zwar, dass der eigene Kenntnisstand nicht ausreiche, um eine Haltung zur Band Weimar zu haben, weshalb man sich einer Meinungsäußerung gegenüber einer Zeitung enthalten habe. Jedoch war man dort unseres Erachtens auch der Meinung, dass die bekannten Umstände eine rechtsradikale

In Zeiten von *Cancel Culture* sind Menschen mit Rückgrat umso wichtiger. Marcus Sartory ließ sich von verbalen Angriffen und Protesten nicht einschüchtern: »Wir wollten uns nicht zum Instrument einer unberechtigten Einstufung machen lassen.« Foto: privat

Einstufung nicht tragen. Ich zitiere hierzu folgenden Auszug: »Weil zwei *Band*mitglieder in ihrer Vergangenheit der rechten Szene angehörten (und das liegt weit über zehn Jahre zurück), sollte man die *Band* als Ganzes nicht als ›rechte *Band*‹ verurteilen. Auch die Distanzierung lässt darauf schließen, dass man Wert darauf legt, sich nicht in diese Ecke schieben zu lassen. Gleichwohl wird es vermutlich so sein, dass Teile des Publikums aus dieser Ecke kommen, [...] weil die Art der Musik und die provokativen Texte in ihr Schema passen. Aber eine *Band* auszugrenzen, weil sie Fans hat, die problematischen Gedanken anhängen, ist auch nicht in Ordnung.« Zudem erklärte man, dass es »keine belastbaren Anhaltspunkte« dafür gibt, dass die *Band* aktuell »offensiv-rechtes Gedankengut vertritt und verbreitet«.

DW: Dieses *Statement* war dann die Grundlage für Ihre Entscheidung pro Weimar?

M.S.: Richtig, zumal dieses wie folgt endete: »Vielleicht konnten unsere Überlegungen dazu doch zu Ihrer Meinungsbildung beitragen.« Es gab keine belastbaren Argumente, die gegen das Konzert sprachen. Auch mit der Gruppe »Köln gegen rechts« hatte ich gesprochen. Sie hat sich mit einer Einschätzung aber zurückgehalten. Natürlich hatte ich auch den *Spiegel*-Artikel gelesen. Mein Eindruck: Es wurden bewusst einige *Songtexte* in eine bestimmte Richtung interpretiert, so dass am Ende das gewünschte Ergebnis dabei herauskam. Wir haben uns die *Songs* angehört und hierbei zwar provokante, aber keine rechtsextremen Inhalte feststellen können. Und die offiziellen *Statements* von Weimar und insbesondere der zwei *Band*mitglieder, um die es ging, fand ich glaubhaft. Alles andere erscheint mir auch heute noch rein spekulativ.

DW: Wir leben leider in Zeiten, in den *Cancel Culture* zur Normalität geworden ist. Wie nehmen Sie das wahr?

M.S.: Natürlich wusste ich, dass es *Cancel Culture* gibt. Aber dennoch war ich von der Heftigkeit der Reaktionen überrascht. Der Druck war enorm. Es gab massive Drohungen in der Form, dass man uns künftig boykottieren, uns wirtschaftlichen Schaden zufügen und in den Ruin treiben wolle. Außerdem kam es zu negativen Google-Bewertungen, viele davon hat Google umgehend gelöscht, und Weimar-Fans reagierten im Gegenzug mit positiven Bewertungen. Aber durch diese versuchte Erpressung wurde mein innerer Widerstand geweckt. Ich dachte nur: ›Leute, ihr redet von Demokratie und Rechtsstaat, doch euer eigenes Handeln steht dem konträr gegenüber.‹ Damit habe ich als zutiefst toleranter Rheinländer und auch als ausgebildeter Jurist ein erhebliches Problem. Ich wollte beim Ausgrenzen anderer Menschen nicht mitmachen.

DW: Haben Sie den Auftritt von Weimar verfolgt?

M.S.: Nein, dazu bin ich nicht gekommen. Ich war zwar vor Ort, jedoch nur ein, zwei Mal kurz im Saal, da ich an diesem Abend viel um die Ohren hatte. Aber unser Personal sagte hinterher: Es war ein außerordentlich freundliches und höfliches Publikum! Ich selbst kann nur sagen, dass das komplette Team rund um die Band – von der Konzertagentur, den Technikern bis hin zum *Merchandising*-Personal – sehr professionell, freundlich und höflich war. Und unser Sicherheitsdienst erklärte, dass es nur einen sehr geringen Anteil von Menschen gab, die man – etwa aufgrund von verbotenen Symbolen auf Kleidungsstücken – dem rechtsradikalen Spektrum zuordnen konnte. Die entsprechende Auswertung nach dem Konzert ergab einen Anteil von etwa einem Prozent.

DW: Würden Sie Weimar, wenn etwa im nächsten Jahr eine erneute Konzertanfrage käme, nochmals in Ihrer *Location* auftreten lassen?

M.S.: Das möchte ich keineswegs ausschließen.

DW: Herr Sartory, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Friedvoll, herzlich, aber sicher nicht extremistisch: Markus, Peter, Peggy, Tino, Ronny (v.l.), Sebastian und Pia (vorne) aus Mühlhausen und Erfurt stehen stellvertretend für den Großteil der 2.500 Weimar-Fans beim Gig in Köln. Die siebenköpfige Gruppe war der *Band* aus Thüringen hinterher gereist und hatte vor Ort mächtig Spaß. Foto: privat

Hin Da! KULTURKALENDER

18.05.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23a, 10405 Berlin • KINO • »CORONA – Die große Irreführung« von Yow Media, anschließend Podiumsdiskussion mit Wolfgang Wodarg, Rechtsanwalt Wilfried Schmitz und weiteren Gästen • 20:30 Uhr

18.05.2024 • Karlsruhe; Festsaal der Karlsburg Durlach, Pfinztalstr. 9, 76227 Karlsruhe • VORTRAG/GESPRÄCH • »Zur Übertragbarkeit der südafrikanischen Wahrheitskommission auf den Ukraine-Konflikt« Buchvorstellung und Diskussion von dem Netzwerk Kritische Richter und Staatsanwälte (KRiStA) mit Dr. Clivia von Dewitz • 19:00 Uhr • Tickets: 5 € - 10 € unter eventfrog.de

18.05.2024 • Neustadt a. d. Weinstraße; Festplatz, Heidenbrunnenweg 12, 67434 Neustadt a.d.W. • FEST • »Hambacher Fest 2024« DJ Keymass aus Bitburg legt auf bei der Abschlussparty • 19:00 Uhr • Eintritt frei

22.05.2024 • Weinheim; Café Zum Rosengarten, Spitalgässchen 7, 69469 Weinheim • VORTRAG • »WHO-Pandemiepläne« von Beate Bahner • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht • Anmeldung unter zumrosengarten.weinheimgmx.de

23.05.2024 • Berlin; Al Hamra, Raumerstr. 16, 10437 Berlin • KONZERT • »Benefizkonzert für Impfgeschädigte« mit Christine Prayon, Tina-Maria Aigner, Ugo D'Orazio u.v.m. • 18:30 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten

23.05.2024 • Berlin; Rudolf Steiner Haus, Bernadottestr. 90, Haus 92, 14195 Berlin • VORTRAG • »Gesundheitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschließend Diskussion • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erbeten (ca. 20€ pro Person) • Anmeldung unter anmeldung@kulturkreis-pankow.de

24.05.-25.05.2024 • Braunsbedra; Pfännerhall, Grubenweg 4, 06242 Braunsbedra • KONGRESS • NuoViso präsentiert den NuoFlix Kongress mit Robert Stein, Frank Stoner, Charles Fleischhauer, Katrin Huss, Markus Krall, Wolfgang Effenberger, Tom Lausen, Hans-J. Maas, Werner Kirstein • Tickets: 145 € unter nuovisoshop.de

27.05.2024 • Dresden; KulturHaus Loschwitz, Friedrich-Wieck-Str. 6, 01326Dresden • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

28.05.2024 • Überlingen; Buchhandlung Odilia; Münsterplatz 10, 88662 Überlingen • VORTRAG • »Gesund-heitliche Selbstbestimmung – Wege und Hindernisse« von Wolfgang Wodarg, anschließend Diskussion • 19:00 Uhr • Tickets im Vorverkauf 30 € unter www.stattzeitung.org oder an der Abendkasse 35€

31.05.2024 • Berlin; Sprechsaal, Marienstr. 26, 10117 Berlin • VORTRAG • »Macht und ihre Herrschaftstechniken – Präsenz des propagandistischen Systems im Alltag« von Astrid Nestvogel (Neue Gesellschaft für Psychologie) • 19:00 Uhr • Eintritt frei, Spenden erwünscht

01.06.2024 • Deggendorf; Stadthalle, Edlmairstr. 2, 94469 Deggendorf • FESTIVAL • »Fairändern« Vorträge von Christian Kreis, Christian Felber und Thomas Hann, Musik von Rairda • 15:00 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 25 € unter deggendorfmiteinander.de

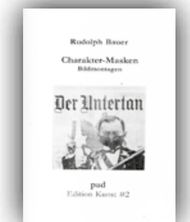
01.06.2024 • Remscheid; Stadtpark, Hindenburgstr. 84, 42853 Remscheid • FESTIVAL • »Housepark – Open air« mit Alchemiah, Moguai, S.E.B.I u.v.m. • 14:00 Uhr – 23:00 Uhr • Eintritt frei

08.06.2024 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23a, 10405 Berlin • KONZERT • »6. Solidaritätskonzert für Julian Assange« moderiert von Nina Maleika und Jens Fischer Rodrian, zu Gast Gudrun Pawelke, Diether Dehm, Uli Gausmann und ein Überraschungsgast, Musik von Ulla Meinecke, Martin Zels, Bustek & Lapaz, Wolfgang & Berivan, Rotatonics und Captain Future • Einlass ab 18:30 • Tickets: AK 25 €, VVK 21,50€ unter protestnoten.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-Mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



WHO-PANDEMIEVERTRAG
Der finale Angriff auf Ihre Freiheit
Beate Bahner

Kopp-Verlag
ISBN: 978-3-86445-998-6



DAS KONSPIRATIONISTISCHE
MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



GERECHTIGKEIT DURCH
WIEDERGUTMACHUNG?
Zur südafrikanischen
Wahrheitskommission und
deren Übertragbarkeit auf den
Ukrainekonflikt
Clivia von Dewitz
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-864894411



GEMEINSAM DIE WELT RETTEN?
Vom Klimaalarm zum
Green New Deal
Karl Reitter

Promedia-Verlag
ISBN: 978-3-85371-530-7



»MÖGE DIE GESAMTE REPUBLIK
MIT DEM FINGER AUF SIE ZEIGEN.«
Das Corona-Unrecht und seine Täter
Marcus Klöckner und
Jens Wernicke (Hgg.)
Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3-96789-034-1



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



DER FALL ULRIKE GUÉROT
Versuch einer öffentlichen Hinrichtung
Gabriele Gysi (Hg.)
Westend-Verlag
ISBN: 978-3-86489-450-3



EINMAL MIT PROFS ARBEITEN
oder Ugurs Geständnis
Sabine C. Stebel
Hesper-Verlag
ISBN: 978-3-943413-43-4



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete
Verödung des Lebens

Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



SPORT MIT BERTHOLD

CHEMTRAILS UND EM-START

Der Sportler läuft auf den Platz und blickt nach oben: Ein Flugzeug scheint dickste Kondensstreifen auf den blauen Himmel zu malen. Nichts, worüber man sich hier unten auf dem Platz Gedanken machen müsste. Oder?

Nein, der Fußballer schaut auf den Ball und die gegnerische Mannschaft, selbst wenn er sich den Himmel anschaut, kann er keine Assoziation zu den *Chemtrails* herstellen. Ich gehe davon aus, dass vielleicht fünf Prozent der Bevölkerung Bescheid wissen, dass so etwas gemacht wird. Doch dies bekommt der Sportler schon eher mit: Zuviele Sportler sterben leider nach wie vor in Folge der schädlichen Covid-Injektionen.

Da nun der Astra-Zeneca-Konzern die Gefährlichkeit der »Impf«-Stoffe offen zugibt, frage ich mich, wann endlich Anklage gegen die Täter und Mittäter erhoben wird! Und mit der Anklage allein wird es nicht getan sein. Es geht um Richter, die Urteile aussprechen, versehen mit Haftstrafen und Schadenersatz. Nur das zählt! Denn das Ganze bedarf einer lückenlosen, transparenten Aufklärung im Sinne der Opfer und ihrer Familien.



Es steht die Europameisterschaft im eigenen Land vor der Tür. Vom 14. Juni bis zum 14. Juli spielen insgesamt 24 Nationalmannschaften in 51 Spielen um Meisterschaft und Plätze. Das Eröffnungsspiel bestreitet traditionell der Gastgeber. Die erste Partie am 14. Juni ab 21 Uhr in Deutschland gegen Schottland. Zur Aufstellung: Ich würde mich nie nach dem Gegner ausrichten, das haben wir 1990 auch nicht getan. Meine deutsche Start-Elf für das Turnier sieht wie folgt au:

Tor: Marc-André ter Stegen (FC Barcelona)
Rechter Außenverteidiger: Joshua Kimmich (FC Bayern München)
Rechter Innenverteidiger: Antonio Rüdiger (Real Madrid)
Linker Innenverteidiger: Jonathan Tah (Bayer Leverkusen)
Linker Außenverteidiger: Maximilian Mittelstädt (VfB Stuttgart)
Mittelfeld: Toni Kroos (Real Madrid), Robert Andrich (Bayer Leverkusen), Ilkay Gündogan (FC Barcelona)
Sturm: Kai Havertz (Arsenal London), Jamal Musiala (FC Bayern), Florian Wirtz (Bayer 04 Leverkusen)

»Diese Zeitung wird es noch lange geben!«, so Thomas Berthold. Er ist u. a. Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



DEM GEISTERFAHRER INS LENKRAD GREIFEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Michael Schuch

Freundschaft mit der Welt ist Feindschaft mit Gott (Jakobus 4,4) und schlechter Umgang verdirbt gute Sitten (1 Kor 15,33). Viele Kirchen haben diese Grundsätze über Bord geworfen und gerieten so in das Fahrwasser eines Systems, von dem Jesus sagt: »In dieser Welt unterdrücken die Herrscher ihre Völker, und rücksichtslose Machthaber lassen sich als Wohltäter feiern« (Lukas 22,25). Kein Wunder, dass die Kirchen zunehmend verweltlichen, während die Obrigkeit immer dreister ihre pseudo-religiösen Ideologien (Klima, Gender, Migration ...) durch den Mund falscher Propheten unters fromme Volk bringen lässt.

Wie weit wir vom rechten Weg abgekommen sind, zeigt ein Zitat Dietrich Bonhoeffers aus dem Jahr 1933: »Die dritte Möglichkeit [kirchlichen Handelns] besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre unmittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, das heißt wenn sie den Staat hemmungslos ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht.«

Von diesem Zuviel und Zuwenig können wir alle ein trauriges Lied singen. Und die Kirchen? Ich sehe sie heute nicht einmal mehr die Wunden verbinden, die den Menschen tagtäglich von den Herrschenden geschlagen werden. Erst recht kann ich nicht erkennen, dass sie dem Fahrer – der sich zunehmend wie ein Geisterfahrer gebärdet – ins Lenkrad greifen würden. Vielmehr habe ich den Eindruck, dass sogenannte »Würdenträger« sich darum balgen, auf dem Schoß des Geisterfahrers sitzen zu dürfen, um noch ein bisschen mehr aufs Gaspedal zu drücken. So wie kürzlich der Präsident der Diakonie Deutschlands, der alle AfD-Wähler aus dem Dienst verbannen will. Voilà, welch eine Insel der Glückseligkeit, sollte er sein Ziel erreichen: ein lupenreines Diakonat im Evangelischen Kalifat!

Wenden wir uns ab von einer zeitgeistbesoffenen Kirche, die sich in bedingungsloser Loyalität zur Obrigkeit übt. Werden wir wieder zur bekennenden Kirche, die sich auf Basis des Wortes Gottes kompromisslos für die Wahrheit einsetzt. Lasst uns die Fehlleistungen einer hemmungslos handelnden herrschenden Klasse öffentlich anprangern und die als Wohltäter getarnten Bösewichte bloßstellen. Vielleicht kriegen wir ja dann den Wagen noch gestoppt.

Der Autor ist SAP-Berater und wohnt im Landkreis Schwäbisch Hall. Er kann ber die Emailadresse anti.pas@gmx.de angeschrieben werden.

KOLUMNE MEDIEN

von Anselm Lenz

WUNDERBARE JAHRE

Als Erstsemester in Marburg an der Lahn war ich vor allem vom neuen, freien, eigenständigen Leben in der pittoresken Universitätsstadt überwältigt. Weniger von den drei einstürzenden Neubauten in New York.

Die »Bilder, die wir gesehen haben« mit den zwei Flugzeugen und den drei kurz darauf im freien Fall in den Grundriss fallenden Türmen, erreichten mich erst später. Eine Flimmerkiste hatte ich gar nicht erst in mein neues Leben mitgebracht. Ich wollte leben, lieben, arbeiten und studieren, nicht TV glotzen. Wenn ich an die Marburger Jahre zurückdenke, stellen sich mir viele sonnige Bilder vor Augen. Ich habe seither nie mehr ein TV-Gerät ins Haus gelassen und ich bedauere es nicht.

»Äfghänistän«, das war in der lokalen Sportredaktion, in der ich noch vor der den Ersti-Tagen angefangen hatte, kein Thema. Und in der Uni? »Äfghänistän!« Das war ein Joke über das Kriegsgetrommel im breiten Texanisch eines uns damals schon rostig vorkommenden US-Imperiums. Niemand von uns machte den totalen Betroffenheits- und Rachekult zum 11. September 2001 mit. Aber wer sich mal dagegen länger als in zwei Sätzen aussprach, der war tendentiell »uncool«. Aber eben auch nichts Schlimmeres.

Über das Nato-Bombardement Belgrads mit deutschen Kampfbombern im Jahr 1999 unter Bruch von Völkerrecht und Grundgesetz diskutierten wir schon eher, obwohl dies noch in unserer Schulzeit gelegen hatte. Wir hatten gewollt, dass die Neunziger ewig weitergingen. Aber uns schwante, dass sie am 7. Mai 1999 zu Ende gegangen waren. »Äfghanistän«, das schien weit weg und wie eine hilflose Rache der Amerikaner wegen dieser hässlichen Türme und der Toten. Ab der Invasion des Iraks ab 20. März 2003, die in der BRD mit dem Hartz-Sozialdumpingprogramm parallel lief, verfinsterte sich das Bild zunehmend. Neunziger, das war nicht mehr. Spätestens 2008, da war ich kein Student mehr, sondern junger Theaterdramaturg, war »der Westen« mit den Nerven fertig. Und nicht nur mit den Nerven. So fertig, dass Einige es fertigbrachten, sogar den knappen Wahlsieg Obamas zu bejubeln.

WIEN ATMETE AUF

Obamas Wahlsieg am 4./5. November 2008 erlebte ich ausgerechnet auf dem Wiener Schwarzenbergplatz nach einer Theateraufführung. Dazu passend war kurz zuvor der US-Finanzmarktkapitalismus zusammengebrochen (worden), »this mess«. Wien starrte auf die Schirme und atmete erleichtert auf: Jetzt würde »der Westen«, wie wir ihn kannten, dessen Musik wir liebten und von dessen Friedensfähigkeit wir ausgingen, doch zurückkehren. Aber das ist nie geschehen.

Anselm Lenz war Matrose, Metallarbeiter, Theaterdramaturg, Inlandsredakteur und Hausmann. Er publiziert seit 25 Jahren als Journalist. Heute ist er zudem Vater, Verleger und Mitgründer der neuen deutschen Friedens- und Demokratiebewegung.

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

DURCH KEINE URSACHE IN DER WELT KANN DER MENSCH AUFHÖREN, EIN FREI HANDELNDES WESEN ZU SEIN. IMMANUEL KANT

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*